

ADDENDUM ZUM VERMERK

des Sekretariats
für den Konvent

Betr.: **Teil II der Verfassung**

- **Bericht der Gruppe der von den Juristischen Diensten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission benannten Experten:**
 - = **Abschnitt über die Wirtschafts- und Währungspolitik**
-

Die Mitglieder des Konvents erhalten anbei aus dem Bericht der Gruppe der von den Juristischen Diensten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission benannten Experten den Abschnitt, der der Wirtschafts- und Währungspolitik gewidmet ist.

WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSPOLITIK

* * *

ADDENDUM

vom 18. März 2003

zu dem konsolidierten Bericht vom 13. März 2003,

der dem Präsidium des Konvents vorgelegt wurde

ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

Einleitung

1. Die Gruppe der von den Juristischen Diensten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission benannten Experten hatte in ihrem konsolidierten Bericht vom 13. März 2003 angekündigt, dass der Titel über die Wirtschafts- und Währungspolitik gesondert übergeben würde. Die Gruppe übermittelt hiermit das entsprechende Addendum.
2. Alle in der Einleitung zu dem vorgenannten konsolidierten Bericht enthaltenen Bemerkungen sowie die in Anlage I zu Band I dieses Berichts enthaltenen terminologischen und typographischen Vereinheitlichungen gelten auch für das vorliegende Addendum.

In bestimmten Fällen sind ausführlichere Erläuterungen oder Bemerkungen in den eingerahmten Textstellen sowie in den Fußnoten enthalten.

Es sei darauf hingewiesen, dass der Wortlaut des ersten Artikels des zu prüfenden Titels - der derzeitige Artikel 4 EGV -, der bereits in dem konsolidierten Bericht enthalten war, im Vergleich zu der bereits verteilten Fassung leicht geändert wurde.

3. Da für Kapitel 4 des zu prüfenden Titels, in dem die Übergangsbestimmungen enthalten sind, sehr viele Anpassungen vorgeschlagen werden, gelten spezielle typographische Regeln: Bestimmungen, die bereits im derzeitigen Vertrag enthalten sind und die lediglich an eine andere Stelle versetzt wurden, werden mit dem normalen Schrifttyp wiedergegeben und mit einer Fußnote versehen, in der angegeben wird, wo sie sich ursprünglich befanden; nur die wirklich neuen Teile des Textes, die nicht in der aktuellen Fassung des Vertrages enthalten sind, erscheinen fettgedruckt.

Um das Ergebnis der verschiedenen vorgeschlagenen Änderungen doch noch in einer lesbaren Fassung vorzulegen, ist eine Reinschrift des Kapitels 4 als Anhang beigelegt.

A. Platz der derzeitigen Artikel 98 bis 124 des EG-Vertrages in der künftigen Verfassung

4. Entsprechend dem in dem Vorentwurf des Verfassungsvertrages vom 28. Oktober 2002 (Dok. CONV 369/02) vorgesehenen Aufbau sollen die Bestimmungen zur Wirtschafts- und Währungspolitik unter Nummer A.2 in den Teil II, der sich mit den Politikbereichen und der Durchführung der Maßnahmen der Union befasst, aufgenommen werden. Im wesentlichen sollten also die derzeitigen Artikel 98 bis 124, die in Titel VII des dritten Teils des EG-Vertrags enthalten sind, an dieser Stelle in die Verfassung aufgenommen werden.
5. Anzumerken ist jedoch, dass in einigen dieser Bestimmungen die Zusammensetzung und die Aufgaben der Europäischen Zentralbank behandelt werden. Sollte der Konvent beschließen, dass die Europäische Zentralbank ein Organ wird, so müssten diese Bestimmungen aus Gründen der Übereinstimmung mit dem vorgenannten Aufbau der Verfassung sowohl in Teil I der künftigen Verfassung - unter Titel IV - Organe der Union- als auch in Teil II.D - Arbeitsweise der Union - verschoben werden, der die weiteren institutionellen Bestimmungen enthält.

B. Sonderregelungen

6. Für das Vereinigte Königreich und Dänemark gelten gemäß den beiden Protokollen im Anhang zum EG-Vertrag Sonderregelungen im Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik. In diesen Protokollen wird auf Bestimmungen Bezug genommen, die derzeit in Kapitel 4 des zu prüfenden Titels enthalten sind, zu dem in diesem Addendum Änderungen vorgeschlagen werden (z. B. Artikel 116 Absatz 4). Es könnte erforderlich sein, Anpassungen rein technischer Art an diesen Protokollen vorzunehmen, um den Geltungsbereich dieser Sonderregelungen beizubehalten und trotzdem die vorgeschlagenen Vereinfachungen durchführen zu können.

Es sei im übrigen darauf hingewiesen, dass diese beiden Protokolle zur Zeit im EG-Vertrag nicht ausdrücklich erwähnt werden. Der Konvent könnte prüfen, ob es aus Gründen der Transparenz angebracht ist, einen Bezugnahme auf diese Protokolle in diesen Titel aufzunehmen.

C. Einführung einer endgültigen Rechtsgrundlage für die Währungspolitik

7. Seit der Einführung des Euro im Jahre 1999 diene der derzeitige Artikel 123 Absatz 4 als Rechtsgrundlage für die Annahme von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Verwendung des Euro.
8. Diese Bestimmung, die für eine Übergangsphase geschaffen worden war, enthält jedoch überholte Textpassagen, wie zum Beispiel "Maßnahmen, die für eine rasche Einführung der ECU (...) erforderlich sind". Im übrigen ist diese Bestimmung derzeit in dem Kapitel "Übergangsbestimmungen" zu finden.

9. Um das reibungslose Funktionieren der Währungsunion zu gewährleisten, empfiehlt es sich, eine stabile Rechtsgrundlage zu schaffen. Es wird daher vorgeschlagen, diese Bestimmung in das Kapitel über die "normalen" Bestimmungen über die Währungspolitik zu verschieben und sie in verschiedenen Punkten anzupassen. Insbesondere sollte der endgültige Charakter bestätigt werden - indem die Textpassage "rasche Einführung der ECU" durch "Verwendung des Euro" ersetzt wird; dabei muss jedoch vermieden werden, durch die Konsolidierung der Rechtsgrundlage die Aufgaben der Europäischen Zentralbank zu beeinträchtigen.
10. Die Bestätigung dieser Rechtsgrundlage ist durch den Konvent zu prüfen.

D. Das Kapitel der Übergangsbestimmungen

11. Es wird vorgeschlagen, an den derzeitigen Artikeln 116 bis 124 des EG-Vertrages erhebliche Änderungen vorzunehmen, die dem Umstand Rechnung tragen, dass die Übergangsphase im Zusammenhang mit der Einführung des Euro abgeschlossen ist. Das entsprechende Kapitel müsste künftig im wesentlichen die Bestimmungen, die für die Mitgliedstaaten gelten, die den Euro nicht eingeführt haben, sowie die Verfahren für eine Einführung des Euro durch diese Mitgliedstaaten enthalten.
12. Es wird daher vorgeschlagen, zahlreiche in diesem Kapitel enthaltene Bestimmungen, die obsolet geworden sind, zu streichen und die verbleibenden Bestimmungen umzuordnen, um zu einer logischeren Struktur zu gelangen. Die vorgeschlagenen Änderungen bestehen wohl-gemerkt im wesentlichen aus reinen Verschiebungen von geltenden Texten.
13. Die Artikel sind in der neu vorgeschlagenen Fassung wie folgt angeordnet:
 - Definition des Begriffs eines Mitgliedstaates, für den eine Ausnahmeregelung gilt, sowie Festlegung der Regeln für eine Beteiligung an der Beschlussfassung im Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik (neue Fassung des Artikels 116);
 - Verfahren für die Aufhebung der Ausnahmeregelung sowie für die Einführung des Euro in diesen Mitgliedstaaten (neue Fassung des Artikels 117);
 - Sonderregelung für Mitgliedstaaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt (neue Fassung der Artikel 118 bis 120).

E. Folgen der Berücksichtigung der Empfehlungen der Gruppe IX "Vereinfachung"

14. Entsprechend dem ihr erteilten Auftrag (vgl. Dok. CONV 529/03) hat die Gruppe vorgeschlagen, den Wortlaut des Beschlussfassungsverfahrens des derzeitigen Artikels 107 Absatz 5 EGV zu ändern, in dem gemäß einer Empfehlung, die die Gruppe IX "Vereinfachung" in ihrem Bericht (Dok. CONV 424/02, S. 17) vorgelegt hat, vom Zustimmungsverfahren zum Mitentscheidungsverfahren übergegangen werden soll.
15. Das Mitentscheidungsverfahren nach dem derzeitigen Artikel 251 EGV, das zum Gesetzgebungsverfahren wird, sieht lediglich die Mitwirkung der drei Organe - Europäisches Parlament, Rat und Kommission - vor. Als Konsequenz daraus würde sich für die Europäische Zentralbank ergeben, dass sie das Recht verliert, Empfehlungen auszusprechen, das sie nach dem derzeitigen Artikel 107 Absatz 5 EGV besitzt.

Christian PENNERA

Thérèse BLANCHET

Alain VAN SOLINGE

Kieran BRADLEY

Emer FINNEGAN

Paolo STANCANELLI

A2. WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSPOLITIK

Dieser Titel ist wie folgt in den konsolidierten Bericht vom 13. März 2003 einzufügen:

- **in Band I, S. 32**
- **in Band II, S. 51**

A2. WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSPOLITIK ^{1 2}

~~TITEL VII~~ ~~DIE WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSPOLITIK~~

Artikel 4 ³

- (1) Die Tätigkeit der Mitgliedstaaten und der **Gemeinschaft Union** im Sinne des [Artikels 2] ⁴ umfasst nach Maßgabe ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** und der darin vorgesehenen Zeitfolge die Einführung einer Wirtschaftspolitik, die auf einer engen Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, dem Binnenmarkt und der Festlegung gemeinsamer Ziele beruht und dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verpflichtet ist.
- (2) Parallel dazu umfasst diese Tätigkeit nach Maßgabe ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** und der darin vorgesehenen Zeitfolge und Verfahren **seit der** unwiderruflichen Festlegung der Wechselkurse, **die zur** Einführung einer einheitlichen Währung, des **Euro** ⁵ ECU, **führte, sowie** die Festlegung und Durchführung einer einheitlichen Geld- sowie Wechselkurspolitik, die beide vorrangig das Ziel der Preisstabilität verfolgen und unbeschadet dieses Ziels die allgemeine Wirtschaftspolitik in der **Gemeinschaft Union** unter Beachtung des Grundsatzes einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb unterstützen sollen.
- (3) Diese Tätigkeit der Mitgliedstaaten und der **Gemeinschaft Union** setzt die Einhaltung der folgenden richtungweisenden Grundsätze voraus: stabile Preise, gesunde öffentliche Finanzen und monetäre Rahmenbedingungen sowie eine dauerhaft finanzierbare Zahlungsbilanz.

¹ Gemäß den jeweiligen Protokollen gelten für das Vereinigte Königreich und Dänemark Sonderregelungen. Es könnte erforderlich sein, Anpassungen rein technischer Art an diesen Protokollen vorzunehmen, insbesondere unter Berücksichtigung der nachstehenden Vorschläge bezüglich der Änderung und/oder Streichung von Bestimmungen dieses Titels, wie sie zum Beispiel in Artikel 116 Absatz 4 vorgesehen sind.

² Es sei darauf hingewiesen, dass in dem Entwurf für den Artikel "Ziele der Union" in Teil I (Artikel 3 Absatz 2, CONV 528/03) der Begriff der "*Wirtschafts- und Währungsunion*" verwendet wird.

³ Dieser Artikel befindet sich derzeit im ersten Teil des EG-Vertrags, es erscheint jedoch angesichts der Tatsache, dass es sich um eine Verfassung handeln wird, besser, ihn an dieser Stelle aufzunehmen. Es sei im Übrigen darauf hingewiesen, dass der Wortlaut im Vergleich zu der im konsolidierten Bericht vom 13. März 2003 enthaltenen Fassung leicht geändert wurde.

⁴ Artikel 2 wird ersetzt durch den Entwurf des Artikels "Ziele der Union" in Teil I (Artikel 3 Absatz 2, CONV 528/03).

⁵ Diese Änderung verdeutlicht, dass der Übergang zum Euro endgültig stattgefunden hat.

KAPITEL 1

DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Artikel 98

Die Mitgliedstaaten richten ihre Wirtschaftspolitik so aus, dass sie im Rahmen der in [Artikel 99 Absatz 2] genannten Grundzüge zur Verwirklichung der Ziele der **Gemeinschaft Union** im Sinne des [Artikels 2]¹ beitragen. Die Mitgliedstaaten und die **Gemeinschaft Union** handeln im Einklang mit dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb, wodurch ein effizienter Einsatz der Ressourcen gefördert wird, und halten sich dabei an die in [Artikel 4] genannten Grundsätze.

Artikel 99

(1) Die Mitgliedstaaten betrachten ihre Wirtschaftspolitik als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse und koordinieren sie im Rat nach Maßgabe des [Artikels 98].

(2) Der Rat erstellt mit qualifizierter Mehrheit auf Empfehlung der Kommission einen Entwurf für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der **Gemeinschaft Union** und erstattet dem Europäischen Rat hierüber Bericht.

Der Europäische Rat erörtert auf der Grundlage dieses Berichts des Rates eine Schlussfolgerung zu den Grundzügen der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der **Gemeinschaft Union**.

Auf der Grundlage dieser Schlussfolgerung ~~verabschiedet~~ **nimmt** der Rat mit qualifizierter Mehrheit eine Empfehlung **an**, in der diese Grundzüge dargelegt werden. ~~Der Rat~~ **Er** unterrichtet das Europäische Parlament ~~über seine Empfehlung~~ **davon**.

(3) Um eine engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik und eine dauerhafte Konvergenz der Wirtschaftsleistungen der Mitgliedstaaten zu gewährleisten, überwacht der Rat anhand von Berichten der Kommission die wirtschaftliche Entwicklung in jedem Mitgliedstaat und in der **Gemeinschaft Union** sowie die Vereinbarkeit der Wirtschaftspolitik mit den in Absatz 2 genannten Grundzügen und nimmt in regelmäßigen Abständen eine Gesamtbewertung vor.

Zum Zwecke dieser multilateralen Überwachung übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission Angaben zu wichtigen einzelstaatlichen ~~Maßnahmen~~ **Bestimmungen** auf dem Gebiet ihrer Wirtschaftspolitik sowie weitere von ihnen für erforderlich erachtete Angaben.

¹ Siehe Fußnote in Artikel 4 Absatz 1.

(4) Wird im Rahmen des Verfahrens nach Absatz 3 festgestellt, dass die Wirtschaftspolitik eines Mitgliedstaats nicht mit den in Absatz 2 genannten Grundzügen vereinbar ist oder das ordnungsgemäße Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion zu gefährden droht, so kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Empfehlung der Kommission die erforderlichen Empfehlungen **annehmen, die er an den** betreffenden Mitgliedstaat **richtet**. Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission beschließen, seine Empfehlungen zu veröffentlichen.

Der Präsident des Rates und die Kommission erstatten dem Europäischen Parlament über die Ergebnisse der multilateralen Überwachung Bericht. Der Präsident des Rates kann ersucht werden, vor dem zuständigen Ausschuss des Europäischen Parlaments zu erscheinen, wenn der Rat seine Empfehlungen veröffentlicht hat.

(5) **Das Europäische Parlament und der Rat können nach dem Gesetzgebungsverfahren** ~~Das Europäische Parlament und der Rat kann nach dem Verfahren des Artikels 252~~ die Einzelheiten des Verfahrens der multilateralen Überwachung im Sinne der Absätze 3 und 4 ¹ ~~festlegen~~ **annehmen**.

Artikel 100

(1) Der Rat kann auf Vorschlag der Kommission unbeschadet der sonstigen in ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** vorgesehenen Verfahren mit qualifizierter Mehrheit ~~über die der Wirtschaftslage angemessenen Maßnahmen entscheiden~~ **annehmen**, insbesondere falls gravierende Schwierigkeiten in der Versorgung mit bestimmten Waren auftreten.

(2) Ist ein Mitgliedstaat aufgrund von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Ereignissen, die sich seiner Kontrolle entziehen, von Schwierigkeiten betroffen oder von gravierenden Schwierigkeiten ernstlich bedroht, so kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission ~~beschließen einen europäischen Beschluss annehmen, durch den dem betreffenden Mitgliedstaat unter bestimmten Bedingungen einen finanzieller Beistand der Gemeinschaft durch die Union zu~~ **annehmen, durch den dem betreffenden Mitgliedstaat unter bestimmten Bedingungen einen finanzieller Beistand der Gemeinschaft durch die Union zu** gewährt wird. Der Präsident des Rates ² unterrichtet das Europäische Parlament über den Beschluss.

¹ Übergang von dem Verfahren der Zusammenarbeit zum Mitentscheidungsverfahren (siehe Bericht der Gruppe IX "Vereinfachung" in CONV 424/02, S. 16)

² Es sei darauf hingewiesen, dass der Begriff "*Präsident des Rates*" anstelle von "*Vorsitz des Rates*" nur in diesem Titel des EG-Vertrags verwendet wurde (vgl. Artikel 113 Absätze 1 und 2 sowie Artikel 114 Absatz 3).

Artikel 101

- (1) Überziehungs- oder andere Kreditfazilitäten bei der EZB¹ oder den Zentralbanken der Mitgliedstaaten (im Folgenden als "nationale Zentralbanken" bezeichnet) für Organe oder Einrichtungen der ~~Gemeinschaft~~ **Union**, Zentralregierungen, regionale oder lokale Gebietskörperschaften oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften, sonstige Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentliche Unternehmen der Mitgliedstaaten sind ebenso verboten wie der unmittelbare Erwerb von Schuldtiteln von diesen durch die EZB oder die nationalen Zentralbanken.
- (2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 gelten nicht für Kreditinstitute in öffentlichem Eigentum; diese werden von der jeweiligen nationalen Zentralbank und der EZB, was die Bereitstellung von Zentralbankgeld betrifft, wie private Kreditinstitute behandelt.

Artikel 102

- (1) **Maßnahmen und Bestimmungen**, die nicht aus aufsichtsrechtlichen Gründen ~~getroffen~~ **erlassen** werden und einen bevorrechtigten Zugang der Organe und Einrichtungen der ~~Gemeinschaft~~ **Union**, der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen der Mitgliedstaaten zu den Finanzinstituten schaffen, sind verboten.
- (2) Der Rat ~~legt vor dem 1. Januar 1994 nach dem Verfahren des Artikels 252~~ **nimmt auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit Maßnahmen zur Festlegung der Begriffsbestimmungen für die Anwendung des in Absatz 1 vorgesehenen Verbots fest an. Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments**².

Artikel 103

- (1) Die ~~Gemeinschaft~~ **Union** haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen von Mitgliedstaaten und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein; dies gilt unbeschadet der gegenseitigen finanziellen Garantien für die gemeinsame Durchführung eines bestimmten Vorhabens. Ein Mitgliedstaat haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen eines anderen Mitgliedstaats und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein; dies gilt unbeschadet der gegenseitigen finanziellen Garantien für die gemeinsame Durchführung eines bestimmten Vorhabens.

¹ Es ist zu prüfen, ob es wünschenswert ist, dass die Verfassung Abkürzungen enthält (zum Beispiel "EZB" für "Europäische Zentralbank"), oder ob es nicht verständlicher für den Leser wäre, wenn der übliche Name der betreffenden Institution oder des betreffenden Organs verwendet wird. Die Europäische Investitionsbank wird im EGV nicht mit "EIB" abgekürzt. Entscheidet man sich für die Verwendung von Abkürzungen, so muss sichergestellt sein, dass die Abkürzungen in der Verfassung erläutert werden.

² Übergang von dem Verfahren der Zusammenarbeit zum Konsultationsverfahren (siehe Bericht der Gruppe IX "Vereinfachung" in CONV 424/02, S. 16).

(2) Der Rat kann ~~erforderlichenfalls nach dem Verfahren des Artikels 252~~ **auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit die Maßnahmen zur Festlegung der** Definitionen für die Anwendung der in [Artikel 101] und in diesem Artikel vorgesehenen Verbote **annehmen. Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments** ¹.

Artikel 104

(1) Die Mitgliedstaaten vermeiden übermäßige öffentliche Defizite.

(2) Die Kommission überwacht die Entwicklung der Haushaltslage und der Höhe des öffentlichen Schuldenstands in den Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Feststellung schwerwiegender Fehler. Insbesondere prüft sie die Einhaltung der Haushaltsdisziplin anhand von zwei Kriterien, nämlich daran,

- a) ob das Verhältnis des geplanten oder tatsächlichen öffentlichen Defizits zum Bruttoinlandsprodukt einen bestimmten Referenzwert überschreitet, es sei denn, dass
 - i) entweder das Verhältnis erheblich und laufend zurückgegangen ist und einen Wert in der Nähe des Referenzwerts erreicht hat
 - ii) oder der Referenzwert nur ausnahmsweise und vorübergehend überschritten wird und das Verhältnis in der Nähe des Referenzwerts bleibt,
- b) ob das Verhältnis des öffentlichen Schuldenstands zum Bruttoinlandsprodukt einen bestimmten Referenzwert überschreitet, es sei denn, dass das Verhältnis hinreichend rückläufig ist und sich rasch genug dem Referenzwert nähert.

Die Referenzwerte werden in einem ~~diesem Vertrag beigefügten~~ ² Protokoll über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit im Einzelnen festgelegt.

(3) Erfüllt ein Mitgliedstaat keines oder nur eines dieser Kriterien, so erstellt die Kommission einen Bericht. In diesem Bericht wird berücksichtigt, ob das öffentliche Defizit die öffentlichen Ausgaben für Investitionen übertrifft; berücksichtigt werden ferner alle sonstigen einschlägigen Faktoren, einschließlich der mittelfristigen Wirtschafts- und Haushaltslage des Mitgliedstaats.

Die Kommission kann ferner einen Bericht erstellen, wenn sie ungeachtet der Erfüllung der Kriterien der Auffassung ist, dass in einem Mitgliedstaat die Gefahr eines übermäßigen Defizits besteht.

¹ Übergang von dem Verfahren der Zusammenarbeit zum Konsultationsverfahren (vgl. Bericht der Gruppe IX "Vereinfachung" in CONV 424/02, S. 16).

² Diese Ergänzung ist überflüssig, da die Protokolle in jedem Fall der Verfassung beigefügt werden. Ein Artikel in Teil III der Verfassung wird eine diesbezügliche Bestimmung enthalten nach dem Muster des derzeitigen Artikels 311 des EG-Vertrags.

(4) Der **Wirtschafts- und Finanzausschuss** ~~nach Artikel 114~~ gibt eine Stellungnahme zu dem Bericht der Kommission ab.

(5) Ist die Kommission der Auffassung, dass in einem Mitgliedstaat ein übermäßiges Defizit besteht oder sich ergeben könnte, so legt sie dem Rat eine Stellungnahme vor.

(6) Der Rat entscheidet ~~mit qualifizierter Mehrheit~~ auf Empfehlung der Kommission ~~und~~ unter Berücksichtigung der Bemerkungen, die der betreffende Mitgliedstaat gegebenenfalls abzugeben wünscht, **sowie** nach Prüfung der Gesamtlage, **mit qualifizierter Mehrheit darüber**, ob ein übermäßiges Defizit besteht.

(7) **Der Rat nimmt auf Empfehlung der Kommission mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gemäß [Artikel 205 Absatz 2] gewogenen Stimmen der Mitgliedstaaten mit Ausnahme der Stimmen des Vertreters des betroffenen Mitgliedstaats die europäischen Beschlüsse und Empfehlungen nach Absatz 8 und 12 an¹.**

~~(7)~~(8) Wird nach Absatz 6 ein übermäßiges Defizit festgestellt, so ~~nichtet~~ **nimmt** der Rat ~~die Empfehlungen an, die an den betreffenden Mitgliedstaat gerichtet werden, Empfehlungen,~~ mit dem Ziel, dieser Lage innerhalb einer bestimmten Frist abzuhelpen. Vorbehaltlich des Absatzes ~~8~~ **9** werden diese Empfehlungen nicht veröffentlicht.

~~(8)~~(9) Stellt der Rat fest, dass seine Empfehlungen innerhalb der gesetzten Frist keine wirksamen Maßnahmen ausgelöst haben, so kann er seine Empfehlungen veröffentlichen.

~~(9)~~(10) Falls ein Mitgliedstaat den Empfehlungen des Rates weiterhin nicht Folge leistet, kann der Rat ~~beschließen einen europäischen Beschluss annehmen, durch den der den Mitgliedstaat mit der Maßgabe in Verzug zu setzen gesetzt wird,~~ innerhalb einer bestimmten Frist ~~Maßnahmen Bestimmungen~~ für den nach Auffassung des Rates zur Sanierung erforderlichen Defizitabbau zu ~~treffen~~ **erlassen**.

Der Rat kann in diesem Fall den betreffenden Mitgliedstaat ersuchen, nach einem konkreten Zeitplan Berichte vorzulegen, um die Anpassungsbemühungen des Mitgliedstaats überprüfen zu können.

~~(10) Das Recht auf Klageerhebung nach den Artikeln 226 und 227 kann im Rahmen der Absätze 1 bis 9 dieses Artikels nicht ausgeübt werden.²~~

(11) Solange ein Mitgliedstaat einen nach Absatz ~~9~~ **10 angenommenen europäischen Beschluss** nicht befolgt, kann der Rat beschließen, eine oder mehrere der nachstehenden Maßnahmen anzuwenden oder gegebenenfalls zu verschärfen, nämlich

a) von dem betreffenden Mitgliedstaat verlangen, vor der Emission von Schuldverschreibungen und sonstigen Wertpapieren vom Rat näher zu bezeichnende zusätzliche Angaben zu veröffentlichen,

¹ Dieser Absatz entspricht dem derzeitigen Absatz 13. Er wurde an diese Stelle versetzt, um das für die Annahme der in den nachstehenden Absätzen genannten Rechtsakte geltende Verfahren zu erläutern.

² Dieser Absatz, der die Klageerhebung und nicht die Beschlussfassungsverfahren zum Gegenstand hat, wurde verschoben und ist der neue Absatz 13 dieses Artikels.

- b) die Europäische Investitionsbank ersuchen, ihre Darlehenspolitik gegenüber dem Mitgliedstaat zu überprüfen,
- c) von dem Mitgliedstaat verlangen, eine unverzinsliche Einlage in angemessener Höhe bei der **Gemeinschaft Union** zu hinterlegen, bis das übermäßige Defizit nach Ansicht des Rates korrigiert worden ist,
- d) Geldbußen in angemessener Höhe verhängen.

Der Präsident des Rates unterrichtet das Europäische Parlament von den **Beschlüssen angenommenen Maßnahmen** ¹.

(12) Der Rat hebt einige oder sämtliche ~~Entscheidungen~~ **Maßnahmen** nach den Absätzen 6 bis 9 und 8 bis 11 so weit auf, wie das übermäßige Defizit in dem betreffenden Mitgliedstaat nach Ansicht des Rates korrigiert worden ist. Hat der Rat zuvor Empfehlungen veröffentlicht, so stellt er, sobald die Entscheidung nach Absatz 8-9 ² aufgehoben worden ist, in einer öffentlichen Erklärung fest, dass in dem betreffenden Mitgliedstaat kein übermäßiges Defizit mehr besteht.

~~(13) Die Beschlussfassung des Rates nach den Absätzen 7 bis 9 sowie 11 und 12 erfolgt auf Empfehlung der Kommission mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gemäß Artikel 205 Absatz 2 gewogenen Stimmen der Mitgliedstaaten mit Ausnahme der Stimmen des Vertreters des betroffenen Mitgliedstaats.~~

(13) Das Recht auf Klageerhebung nach den [Artikeln 226 und 227] kann im Rahmen der Absätze 1 bis 6 und 8 bis 10 dieses Artikels nicht ausgeübt werden.

(14) Weitere Bestimmungen über die Durchführung des in diesem Artikel beschriebenen Verfahrens sind in dem ~~diesem Vertrag beigefügten~~ Protokoll über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit enthalten. ³

Der Rat ~~verabschiedet einstimmig~~ **nimmt** auf Vorschlag der Kommission ~~und nach Anhörung des Europäischen Parlaments sowie der EZB~~ **einstimmig** die geeigneten ~~Bestimmungen~~ **Maßnahmen an**, die das genannte Protokoll ablösen. **Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments und der EZB.**

Der Rat ~~beschließt~~ **nimmt** vorbehaltlich der sonstigen Bestimmungen dieses Absatzes ~~vor dem 1. Januar 1994 mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments~~ **mit qualifizierter Mehrheit** nähere Einzelheiten und Begriffsbestimmungen für die Durchführung des genannten Protokolls **an. Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments.**

¹ Hier scheint der Ausdruck "Beschluss" (frz.: *décision*) in seiner unspezifischen Bedeutung verwendet worden zu sein, die nicht der Definition von "Entscheidung" (frz.: *ebenfalls décision*) nach Artikel 249 Absatz 4 EGV entspricht.

² Es wäre zu prüfen, ob es sinnvoll ist, die Aufhebung dieser Entscheidung vorzusehen, da sie darin besteht, eine Empfehlung zu veröffentlichen und sich somit ihre Wirkung zum Zeitpunkt der Veröffentlichung erschöpft.

³ Siehe genauen Titel des betreffenden Protokolls. Die Änderung und die Fußnote betreffen nicht die deutsche Fassung.

Die Kapitel 2 und 3 dieses Titels enthalten die Bestimmungen zur Zusammensetzung und zu den Aufgaben der Europäischen Zentralbank.

Sollte der Konvent beschließen, dass die Europäische Zentralbank ein Organ wird, so müssten einige dieser Bestimmungen sowohl in Teil I der künftigen Verfassung - unter Titel IV - Organe der Union - als auch in Teil II.D - Arbeitsweise der Union - verschoben werden, der die weiteren institutionellen Bestimmungen enthält.

KAPITEL 2

DIE WÄHRUNGSPOLITIK

Artikel 105

- (1) Das vorrangige Ziel des *ESZB* ist es, die Preisstabilität zu gewährleisten. Soweit dies ohne Beeinträchtigung ~~des dieses Ziels der Preisstabilität~~ möglich ist, unterstützt das *ESZB* die allgemeine Wirtschaftspolitik in der ~~Gemeinschaft~~ **Union**, um zur Verwirklichung der in Artikel [2] ¹ festgelegten Ziele ~~der Gemeinschaft~~ **der Union** beizutragen. Das *ESZB* handelt im Einklang mit dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb, wodurch ein effizienter Einsatz der Ressourcen gefördert wird, und hält sich dabei an die in [Artikel 4] genannten Grundsätze.
- (2) Die grundlegenden Aufgaben des *ESZB* bestehen darin,
- a) die Geldpolitik der ~~Gemeinschaft~~ **Union** festzulegen und auszuführen,
 - b) Devisengeschäfte im Einklang mit [Artikel 111] durchzuführen,
 - c) die offiziellen Währungsreserven der Mitgliedstaaten zu halten und zu verwalten,
 - d) das reibungslose Funktionieren der Zahlungssysteme zu fördern.
- (3) Absatz 2 ~~dritter Gedankenstrich~~ **Buchstabe c** berührt nicht die Haltung und Verwaltung von Arbeitsguthaben in Fremdwährungen durch die Regierungen der Mitgliedstaaten.

¹ Siehe Fußnote zu Artikel 4 Absatz 1.

(4) Die *EZB* wird gehört

- a) zu allen Vorschlägen ¹ für Rechtsakte der **Gemeinschaft Union** im Zuständigkeitsbereich der *EZB*,
- b) von den nationalen Behörden zu allen Entwürfen für Rechtsvorschriften im Zuständigkeitsbereich der *EZB*, und zwar innerhalb der Grenzen und unter den Bedingungen, die der Rat nach dem Verfahren des [Artikels 107 Absatz 6] festlegt.

Die *EZB* kann gegenüber den zuständigen Organen und Einrichtungen der **Gemeinschaft Union** und gegenüber den nationalen Behörden Stellungnahmen zu in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Fragen abgeben.

(5) Das *ESZB* trägt zur reibungslosen Durchführung der von den zuständigen Behörden auf dem Gebiet der Aufsicht über die Kreditinstitute und der Stabilität des Finanzsystems ergriffenen Maßnahmen bei.

(6) **Das Europäische Parlament und der Rat kann durch einstimmigen Beschluss auf Vorschlag der Kommission nach Anhörung der EZB und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments können der EZB nach dem Gesetzgebungsverfahren besondere Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute und sonstige Finanzinstitute mit Ausnahme von Versicherungsunternehmen übertragen ². Sie beschließen nach Anhörung der EZB.**

Artikel 106

(1) Die *EZB* hat das ausschließliche Recht, die Ausgabe von Banknoten innerhalb der **Gemeinschaft Union** zu genehmigen. Die *EZB* und die nationalen Zentralbanken sind zur Ausgabe von Banknoten berechtigt. Die von der *EZB* und den nationalen Zentralbanken ausgegebenen Banknoten sind die einzigen Banknoten, die in der **Gemeinschaft Union** als gesetzliches Zahlungsmittel gelten.

(2) Die Mitgliedstaaten haben das Recht zur Ausgabe von Münzen, wobei der Umfang dieser Ausgabe der Genehmigung durch die *EZB* bedarf.

Das Europäische Parlament und der Rat kann können nach dem Verfahren des Artikels 252 Gesetzgebungsverfahren und nach Anhörung der EZB Maßnahmen annehmen, um die Stückelung und die technischen Merkmale aller für den Umlauf bestimmten Münzen so weit zu harmonisieren, wie dies für deren reibungslosen Umlauf innerhalb der **Gemeinschaft Union erforderlich ist ³. Sie beschließen nach Anhörung der *EZB*.**

¹ Es wäre zu prüfen, ob die Europäische Zentralbank lediglich zu Vorschlägen gehört wird - wie es der Wortlaut dieser Bestimmung vorsieht -, oder auch zu den Empfehlungen, wie es in der Praxis der Fall zu sein scheint. Somit könnte dieser Teilsatz ergänzt werden, indem nach "*Vorschlägen*" die Worte "*und Empfehlungen*" eingefügt werden.

² Übergang vom Zustimmungsverfahren zum Mitentscheidungsverfahren (siehe Bericht der Gruppe IX "Vereinfachung" in Dok. CONV 424/02, S. 17).

³ Übergang vom Verfahren der Zusammenarbeit zum Mitentscheidungsverfahren (siehe Bericht der Gruppe IX "Vereinfachung" in Dok. CONV 424/02, S. 16).

- (1) Das *ESZB* besteht aus der *EZB* und den nationalen Zentralbanken.
- (2) Die *EZB* besitzt Rechtspersönlichkeit.
- (3) Das *ESZB* wird von den Beschlussorganen der *EZB*, nämlich dem EZB-Rat und dem Direktorium, geleitet.
- (4) Die Satzung des *ESZB* ist in ~~einem diesem Vertrag beigefügten~~ dem Protokoll über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank festgelegt.
- (5) **Das Europäische Parlament und der Rat kann können die Artikel 5.1, 5.2, 5.3, 17, 18, 19.1, 22, 23, 24, 26, 32.2, 32.3, 32.4, 32.6, 33.1. a und 36 der Satzung des *ESZB* entweder mit qualifizierter Mehrheit auf Empfehlung der EZB nach Anhörung der Kommission oder einstimmig auf Vorschlag der Kommission nach Anhörung der EZB ändern. Die Zustimmung des Europäischen Parlaments ist dabei jeweils erforderlich. nach dem Gesetzgebungsverfahren ändern. Sie beschließen nach Anhörung der Europäischen Zentralbank.**¹
- (6) ~~Der Rat erlässt mit qualifizierter Mehrheit entweder auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und der EZB oder auf Empfehlung der EZB und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und der Kommission~~ **nimmt** die in den Artikeln 4, 5.4, 19.2, 20, 28.1, 29.2, 30.4 und 34.3 der Satzung des *ESZB* genannten ~~Bestimmungen~~ **Maßnahmen an. Er beschließt entweder auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der Europäischen Zentralbank oder auf Empfehlung der Europäischen Zentralbank und nach Anhörung der Kommission mit qualifizierter Mehrheit. In beiden Fällen beschließt er nach Anhörung des Europäischen Parlaments.**

¹ Übergang vom Zustimmungsverfahren zum Mitentscheidungsverfahren (siehe Bericht der Gruppe IX "Vereinfachung" in Dok. CONV 424/02, S. 17). Berücksichtigt man, dass das Mitentscheidungsverfahren, wie es derzeit in Artikel 251 EGV vorgesehen ist, und das zum Gesetzgebungsverfahren wird, lediglich die Mitwirkung der drei Organe - Europäisches Parlament, Rat und Kommission - vorsieht, würde sich als Konsequenz aus dem Übergang von einem Verfahren zum anderen für die Europäische Zentralbank ergeben, dass sie das Recht verliert, Empfehlungen auszusprechen, das sie nach dem derzeitigen Artikel 107 Absatz 5 EGV besitzt.

Artikel 108

Bei der Wahrnehmung der ihnen durch ~~diesen Vertrag~~ **die Verfassung** und die Satzung des *ESZB* übertragenen Befugnisse, Aufgaben und Pflichten darf weder die *EZB* noch eine nationale Zentralbank noch ein Mitglied ihrer Beschlussorgane Weisungen von Organen oder Einrichtungen der ~~Gemeinschaft Union~~, Regierungen der Mitgliedstaaten oder anderen Stellen einholen oder entgegennehmen. Die Organe und Einrichtungen der ~~Gemeinschaft Union~~ sowie die Regierungen der Mitgliedstaaten verpflichten sich, diesen Grundsatz zu beachten und nicht zu versuchen, die Mitglieder der Beschlussorgane der *EZB* oder der nationalen Zentralbanken bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen.

Artikel 109

Jeder Mitgliedstaat stellt sicher, dass ~~spätestens zum Zeitpunkt der Errichtung des ESZB~~ seine innerstaatlichen Rechtsvorschriften einschließlich der Satzung seiner Zentralbank mit ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** sowie mit der Satzung des *ESZB* im Einklang stehen.

Artikel 110

(1) Zur Erfüllung der dem *ESZB* übertragenen Aufgaben werden von der *EZB* gemäß ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** und unter den in der Satzung des *ESZB* vorgesehenen Bedingungen

- a) **europäische** Verordnungen ~~erlassen~~ **angenommen**, insoweit dies für die Erfüllung der in Artikel 3.1 erster Gedankenstrich, Artikel 19.1, Artikel 22 oder Artikel 25.2 der Satzung des *ESZB* festgelegten Aufgaben erforderlich ist; sie erlässt Verordnungen ferner in den Fällen, die in den Rechtsakten des Rates nach [Artikel 107 Absatz 6] vorgesehen werden,
- b) **europäische Beschlüsse** ~~erlassen~~ **angenommen**, die zur Erfüllung der dem *ESZB* nach ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** und der Satzung des *ESZB* übertragenen Aufgaben erforderlich sind,
- c) Empfehlungen und Stellungnahmen ~~abgegeben~~ **angenommen**.

~~(2) Die Verordnung hat allgemeine Geltung. Sie ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.~~

~~Die Empfehlungen und Stellungnahmen sind nicht verbindlich.~~

~~Die Entscheidung ist in allen ihren Teilen für diejenigen verbindlich, an die sie gerichtet ist.¹~~

[Die Artikel 253², 254 und 256 des Vertrags gelten für die **europäischen** Verordnungen und **Beschlüsse** der *EZB*.]

¹ Die drei ersten Unterabsätze dieses Absatzes sind redundant mit dem Entwurf des Artikels "Die Rechtsakte der Union" in Teil I (Artikel 24 Absatz 1, Dok. CONV 571/03).

² Die Bezugnahme auf Artikel 253 (Begründung der Rechtsakte) ist redundant mit dem Entwurf des Artikels "Gemeinsame Grundsätze für die Rechtsakte der Union" in Teil I (Artikel 32 Absatz 2, Dok. CONV 571/03).

Die *EZB* kann die Veröffentlichung¹ ihrer **europäischen Beschlüsse**, ihrer Empfehlungen und Stellungnahmen beschließen.

(3) Innerhalb der Grenzen und unter den Bedingungen, die der Rat nach dem Verfahren des [Artikels 107 Absatz 6] festlegt, ist die *EZB* befugt, Unternehmen bei Nichteinhaltung der Verpflichtungen, die sich aus ihren **europäischen** Verordnungen und **Beschlüssen** ergeben, mit Geldbußen oder in regelmäßigen Abständen zu zahlenden Zwangsgeldern zu belegen.

Artikel 110 a²

Unbeschadet der Zuständigkeiten der *EZB*³ nimmt der Rat ~~trifft auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der EZB mit der qualifizierten Mehrheit besagter Mitgliedstaaten alle sonstigen, mit der qualifizierten Mehrheit seiner Mitglieder, die diejenigen Mitgliedstaaten⁴ vertreten, für die keine Ausnahmeregelung⁵ gilt, die Maßnahmen an, die für die rasche Einführung der ECU die Verwendung des Euro~~ als einheitlicher Währung dieser Mitgliedstaaten erforderlich sind. Der Artikel [122 Absatz 5 Satz 2]⁶ findet Anwendung. **Der Rat beschließt nach Anhörung der *EZB*.**

¹ Da der Begriff "Veröffentlichung" eine Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union impliziert, wäre zu überlegen, ob hier nicht besser der Begriff "der Öffentlichkeit zugänglich machen" gewählt werden sollte.

² Seit der Einführung des Euro im Jahr 1999 diene der derzeitige Artikel 123 Absatz 4 als Rechtsgrundlage für die Annahme von Maßnahmen bezüglich der einheitlichen Währung. Diese Rechtsgrundlage, die für eine Übergangsphase geschaffen worden war, enthält jedoch überholte Textpassagen, wie zum Beispiel "*Maßnahmen, die für eine rasche Einführung der ECU (...) erforderlich sind*"; im übrigen ist sie derzeit in dem Kapitel "Übergangsbestimmungen" enthalten. Um das reibungslose Funktionieren der Währungsunion zu gewährleisten, empfiehlt es sich, eine stabile Rechtsgrundlage zu schaffen. Es wird daher vorgeschlagen, diese Bestimmung in das Kapitel, das die "normalen" Regelungen zur Währungspolitik enthält, zu verschieben und anzupassen, um den endgültigen Charakter zu bestätigen, indem die Textpassage "*rasche Einführung der ECU*" durch "*Verwendung des Euro*" ersetzt wird.

³ Diese Textpassage ist neu; es handelt sich um eine Anpassung, durch die vermieden werden soll, dass im Zusammenhang mit der Schaffung der besagten stabilen Rechtsgrundlage die Aufgaben der *EZB* beeinträchtigt werden.

⁴ Diese Formulierung ist zugegebenermaßen länger als die vorherige, gibt jedoch die institutionellen Gegebenheiten genau wieder.

⁵ Eine Definition dieses Begriffs befindet sich in einem Artikel, der in dem derzeitigen Kapitel "Übergangsbestimmungen" enthalten ist (siehe den nachstehenden Vorschlag für die neue Fassung von Artikel 116 Absatz 1).

⁶ Diese Bezugnahme müsste eigentlich lauten "Artikel 16 Absatz 4 in der im folgenden neu vorgeschlagenen Fassung".

(1) *Abweichend von Artikel 300 kann der Rat einstimmig auf Empfehlung der EZB oder der Kommission und nach Anhörung der EZB in dem Bemühen, zu einem mit dem Ziel der Preisstabilität im Einklang stehenden Konsens zu gelangen, nach Anhörung des Europäischen Parlaments gemäß den in Absatz 3 für die Festlegung von Modalitäten vorgesehenen Verfahren förmliche Vereinbarungen über ein Wechselkurssystem für die ECU gegenüber Drittländswährungen treffen. Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit auf Empfehlung der EZB oder der Kommission und nach Anhörung der EZB in dem Bemühen, zu einem mit dem Ziel der Preisstabilität im Einklang stehenden Konsens zu gelangen, die ECU-Leitkurse innerhalb des Wechselkurssystems festlegen, ändern oder aufgeben. Der Präsident des Rates unterrichtet das Europäische Parlament von der Festlegung, Änderung oder Aufgabe der ECU-Leitkurse.*

(2) *Besteht gegenüber einer oder mehreren Drittländswährungen kein Wechselkurssystem nach Absatz 1, so kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit entweder auf Empfehlung der Kommission und nach Anhörung der EZB oder auf Empfehlung der EZB allgemeine Orientierungen für die Wechselkurspolitik gegenüber diesen Währungen aufstellen. Diese allgemeinen Orientierungen dürfen das vorrangige Ziel des ESZB, die Preisstabilität zu gewährleisten, nicht beeinträchtigen.*

(3) *Wenn von der Gemeinschaft mit einem oder mehreren Staaten oder internationalen Organisationen Vereinbarungen im Zusammenhang mit Währungsfragen oder Devisenregelungen auszuhandeln sind, beschließt der Rat abweichend von Artikel 300 mit qualifizierter Mehrheit auf Empfehlung der Kommission und nach Anhörung der EZB die Modalitäten für die Aushandlung und den Abschluss solcher Vereinbarungen. Mit diesen Modalitäten wird gewährleistet, dass die Gemeinschaft einen einheitlichen Standpunkt vertritt. Die Kommission wird an den Verhandlungen in vollem Umfang beteiligt.*

Die nach diesem Absatz getroffenen Vereinbarungen sind für die Organe der Gemeinschaft, die EZB und die Mitgliedstaaten verbindlich.

(4) *Vorbehaltlich des Absatzes 1 befindet der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der EZB über den Standpunkt der Gemeinschaft auf internationaler Ebene zu Fragen, die von besonderer Bedeutung für die Wirtschafts- und Währungsunion sind, sowie über ihre Vertretung unter Einhaltung der in den Artikeln 99 und 105 vorgesehenen Zuständigkeitsverteilung.*

(5) *Die Mitgliedstaaten haben das Recht, unbeschadet der Gemeinschaftszuständigkeit und der Gemeinschaftsvereinbarungen über die Wirtschafts- und Währungsunion in internationalen Gremien Verhandlungen zu führen und internationale Vereinbarungen zu treffen.*

¹ Dieser Artikel sollte vom Konvent im Rahmen des Themenkreises der Außenbeziehungen erörtert werden und wird deshalb hier nicht behandelt.

KAPITEL 3

INSTITUTIONELLE BESTIMMUNGEN

Artikel 112

- (1) Der EZB-Rat besteht aus den Mitgliedern des Direktoriums der EZB und den Präsidenten der nationalen Zentralbanken **der Mitgliedstaaten, für die keine Ausnahmeregelung gilt** ¹.
- (2) a) Das Direktorium besteht aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und vier weiteren Mitgliedern.
- b) Der Präsident, der Vizepräsident und die weiteren Mitglieder des Direktoriums werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs auf Empfehlung des Rates, der hierzu das Europäische Parlament und den EZB-Rat anhört, aus dem Kreis der in Währungs- oder Bankfragen anerkannten und erfahrenen Persönlichkeiten einvernehmlich ausgewählt und ernannt.

Ihre Amtszeit beträgt acht Jahre; Wiederernennung ist nicht zulässig.

Nur Staatsangehörige der Mitgliedstaaten können Mitglieder des Direktoriums werden.

Artikel 113

- (1) Der Präsident des Rates ² und ein Mitglied der Kommission können ohne Stimmrecht an den Sitzungen des EZB-Rates teilnehmen.

Der Präsident des Rates kann dem EZB-Rat einen Antrag zur Beratung vorlegen.

- (2) Der Präsident der EZB wird zur Teilnahme an den Tagungen des Rates eingeladen, wenn dieser Fragen im Zusammenhang mit den Zielen und Aufgaben des ESZB erörtert.

¹ Durch diese Änderung wird lediglich die derzeitige Regelung, wie sie sich aus dem derzeitigen Artikel 122 Absatz 3 letzter Satz (= Artikel 116 Absatz 2 in der nachstehend vorgeschlagenen neuen Fassung) in Verbindung mit den Artikeln 43.4 und 10.1 der Satzung des ESZB ergibt, klarer wiedergegeben.

² Der Konvent könnte prüfen, ob es sich empfiehlt, diese Bestimmung der derzeitigen Praxis anzupassen, wonach bei Ausübung des Vorsitzes des Rates durch einen Mitgliedstaat, der den Euro nicht eingeführt hat, der Vorsitzende der "Euro-Gruppe" im Namen des Rates an den Sitzungen des ESB-Rates teilnimmt. Zu der Formulierung "*Präsident des Rates*", siehe Fußnote zu Artikel 100.

(3) Die EZB unterbreitet dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission sowie auch dem Europäischen Rat einen Jahresbericht über die Tätigkeit des ESZB und die Geld- und Währungspolitik im vergangenen und im laufenden Jahr. Der Präsident der EZB legt den Bericht dem Rat und dem Europäischen Parlament vor, das auf dieser Grundlage eine allgemeine Aussprache durchführen kann.

Der Präsident der EZB und die anderen Mitglieder des Direktoriums können auf Ersuchen des Europäischen Parlaments oder auf ihre Initiative hin von den zuständigen Ausschüssen des Europäischen Parlaments gehört werden.

Artikel 114

(1) Um die Koordinierung der Politiken der Mitgliedstaaten in dem für das Funktionieren des Binnenmarkts erforderlichen Umfang zu fördern, wird ein ~~Beratender Währungs-~~**Wirtschafts- und Finanzausschuss** eingesetzt.

~~Dieser hat die Aufgabe,~~

- ~~— die Währungs- und Finanzlage der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft sowie den allgemeinen Zahlungsverkehr der Mitgliedstaaten zu beobachten und dem Rat und der Kommission regelmäßig darüber Bericht zu erstatten;~~
- ~~— auf Ersuchen des Rates oder der Kommission oder von sich aus Stellungnahmen an diese Organe abzugeben;~~
- ~~— unbeschadet des Artikels 207 an der Vorbereitung der in Artikel 59, Artikel 60, Artikel 99 Absätze 2, 3, 4 und 5, Artikel 100, Artikel 102, Artikel 103, Artikel 104, Artikel 116 Absatz 2, Artikel 117 Absatz 6, Artikel 119, Artikel 120, Artikel 121 Absatz 2 sowie Artikel 122 Absatz 1 genannten Arbeiten des Rates mitzuwirken;~~
- ~~— mindestens einmal jährlich die Lage hinsichtlich des Kapitalverkehrs und der Freiheit des Zahlungsverkehrs, wie sie sich aus der Anwendung dieses Vertrags und der Maßnahmen des Rates ergeben, zu prüfen; die Prüfung erstreckt sich auf alle Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Kapital- und Zahlungsverkehr; der Ausschuss erstattet der Kommission und dem Rat Bericht über das Ergebnis dieser Prüfung.~~

~~Jeder Mitgliedstaat sowie die Kommission ernennen zwei Mitglieder des Währungsausschusses.~~¹

(2) ~~Mit Beginn der dritten Stufe wird ein Wirtschafts- und Finanzausschuss eingesetzt. Der in Absatz 1 vorgesehene Währungsausschuss wird aufgelöst.~~

¹ Überholt, da der Währungsausschuss, auf den sich der Absatz bezieht, aufgrund des nachfolgenden Absatzes bereits aufgelöst ist.

~~Der Wirtschafts- und Finanzausschuss~~**Dieser Ausschuss** hat die Aufgabe,

- a) auf Ersuchen des Rates oder der Kommission oder von sich aus Stellungnahmen an diese Organe abzugeben;
- b) die Wirtschafts- und Finanzlage der Mitgliedstaaten und der ~~Gemeinschaft~~ **Union** zu beobachten und dem Rat und der Kommission regelmäßig darüber Bericht zu erstatten, insbesondere über die finanziellen Beziehungen zu dritten Ländern und internationalen Einrichtungen;
- c) unbeschadet des [Artikels 207] an der Vorbereitung der in [Artikel 59, Artikel 60, Artikel 99 Absätze 2, 3, 4 und 5, Artikel 100, Artikel 102, Artikel 103, Artikel 104, Artikel 105 Absatz 6, Artikel 106 Absatz 2, Artikel 107 Absätze 5 und 6, Artikel 111, Artikel 119, Artikel 120 Absätze 2 und 3, Artikel 122 Absatz 2, Artikel 123 Absätze 4 und 5] genannten Arbeiten des Rates mitzuwirken und die sonstigen ihm vom Rat übertragenen Beratungsaufgaben und vorbereitenden Arbeiten auszuführen;
- d) mindestens einmal jährlich die Lage hinsichtlich des Kapitalverkehrs und der Freiheit des Zahlungsverkehrs, wie sie sich aus der Anwendung ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** und der vom Rat **angenommenen** Maßnahmen ergeben, zu prüfen; die Prüfung erstreckt sich auf alle Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Kapital- und Zahlungsverkehr; der Ausschuss erstattet der Kommission und dem Rat Bericht über das Ergebnis dieser Prüfung.

Jeder Mitgliedstaat sowie die Kommission und die EZB ernennen jeweils höchstens zwei Mitglieder des Ausschusses.

(3) Der Rat ~~legt~~ **nimmt** auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit ~~und nach Anhörung der EZB und des in diesem Artikel genannten Ausschusses im Einzelnen fest, wie sich der~~ **einen europäischen Beschluss über die Einzelheiten der Zusammensetzung des Wirtschafts- und Finanzausschusses an-zusammensetzt. Er beschließt nach Anhörung der EZB und dieses Ausschusses.** Der Präsident des Rates unterrichtet das Europäische Parlament über diesen Beschluss.

(4) Sofern und solange es Mitgliedstaaten gibt, für die eine Ausnahmeregelung nach den [Artikeln 122 und 123] ¹ gilt, hat der Ausschuss zusätzlich zu den in Absatz 2 beschriebenen Aufgaben die Währungs- und Finanzlage sowie den allgemeinen Zahlungsverkehr der betreffenden Mitgliedstaaten zu beobachten und dem Rat und der Kommission regelmäßig darüber Bericht zu erstatten. ²

¹ Diese Bezugnahme ist durch eine Bezugnahme auf Artikel 116 Absatz 1 in der nachstehend vorgeschlagenen neuen Fassung zu ersetzen.

² Da es sich um eine Übergangsbestimmung handelt, könnte eine Verlagerung dieses Absatzes nach dem derzeitigen Kapitel "Übergangsbestimmungen", so z.B. nach Artikel 118 (in der nachstehend vorgeschlagenen neuen Fassung) in Aussicht genommen werden.

Artikel 115

Bei Fragen, die in den Geltungsbereich von [Artikel 99 Absatz 4, Artikel 104 mit Ausnahme von Absatz 14, Artikel 111, Artikel 121 ¹, Artikel 122 ² und Artikel 123 Absätze 4 ³ und 5 ⁴] fallen, kann der Rat oder ein Mitgliedstaat die Kommission ersuchen, je nach Zweckmäßigkeit eine Empfehlung oder einen Vorschlag zu unterbreiten. Die Kommission prüft dieses Ersuchen und unterbreitet dem Rat umgehend ihre Schlussfolgerungen.

¹ Diese Bezugnahme ist durch eine Bezugnahme auf Artikel 117 Absatz 1 in der nachstehend vorgeschlagenen neuen Fassung zu ersetzen.

² Diese Bezugnahme ist durch eine Bezugnahme auf die Artikel 116 und 117 Absätze 1 und 2 in der nachstehend vorgeschlagenen neuen Fassung zu ersetzen.

³ Diese Bezugnahme ist durch eine Bezugnahme auf Artikel 110a in der nachstehend vorgeschlagenen neuen Fassung zu ersetzen.

⁴ Diese Bezugnahme ist durch eine Bezugnahme auf Artikel 117 Absatz 3 in der nachstehend vorgeschlagenen neuen Fassung zu ersetzen.

Es wird vorgeschlagen, dieses Kapitel erheblich umzustrukturieren, um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass die Übergangsphase zur Einführung des Euro abgeschlossen ist: das Kapitel müsste nunmehr im Wesentlichen die Bestimmungen, die für die Mitgliedstaaten gelten, die den Euro nicht eingeführt haben, und die Verfahren für die Einführung des Euro enthalten.

Daher wird vorgeschlagen, zahlreiche Bestimmungen dieses Kapitels, die obsolet geworden sind, zu streichen und die verbleibenden Bestimmungen umzuordnen, um zu einer logischeren Struktur zu gelangen. In den meisten Fällen stellen die nachstehenden Vorschläge lediglich einfache Umstellungen bestehender Textpassagen dar. Daher bleiben - im Gegensatz zu der Vorgehensweise im Rest dieses Berichts - die umgestellten Bestimmungen in Normalschrift; eine Fußnote gibt jeweils an, welcher Stelle des gegenwärtigen Vertrags sie entstammen. Nur die wirklich neuen Textteile, d.h. diejenigen, die nicht im derzeitigen Vertrag enthalten sind, sind fett gedruckt wiedergegeben.

Um das Ergebnis der vorgeschlagenen Änderungen besser zu verdeutlichen, wird eine bereinigte Fassung dieses Kapitels beigefügt.

KAPITEL 4

ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN

Artikel 116¹

(1) ~~Die zweite Stufe für die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion beginnt am 1. Januar 1994.~~

(2) ~~Vor diesem Zeitpunkt wird~~

a) ~~jeder Mitgliedstaat~~

~~— soweit erforderlich, geeignete Maßnahmen erlassen, um die Beachtung der Verbote sicherzustellen, die in Artikel 56 sowie Artikel 101 und Artikel 102 Absatz 1 niedergelegt sind;~~

~~— erforderlichenfalls im Hinblick auf die unter Buchstabe b vorgesehene Bewertung mehrjährige Programme festlegen, die die für die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion notwendige dauerhafte Konvergenz, insbesondere hinsichtlich der Preisstabilität und gesunder öffentlicher Finanzen, gewährleisten sollen;~~

¹ Der bestehende Text, der obsolet geworden ist, wird gestrichen (die speziellen Überlegungen in Bezug auf Absatz 5 werden in der nächsten Fußnote dargelegt). Dieser Text wird daher durch einen aus vier Absätzen bestehenden Text ersetzt, der aus den geltenden Bestimmungen übernommen wurde - siehe unten.

b) ~~der Rat auf der Grundlage eines Berichtes der Kommission die Fortschritte bei der Konvergenz im Wirtschafts- und Währungsbereich, insbesondere hinsichtlich der Preisstabilität und gesunder öffentlicher Finanzen, sowie bei der Umsetzung der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften über den Binnenmarkt bewerten.~~

(3) ~~Artikel 101, Artikel 102 Absatz 1, Artikel 103 Absatz 1 und Artikel 104 mit Ausnahme der Absätze 1, 9, 11 und 14 gelten ab Beginn der zweiten Stufe.~~

~~Artikel 100 Absatz 2, Artikel 104 Absätze 1, 9 und 11, Artikel 105, Artikel 106, Artikel 108, Artikel 111, Artikel 112, Artikel 113 und Artikel 114 Absätze 2 und 4 gelten ab Beginn der dritten Stufe.~~

(4) ~~In der zweiten Stufe sind die Mitgliedstaaten bemüht, übermäßige öffentliche Defizite zu vermeiden.~~

(5) ~~In der zweiten Stufe leitet jeder Mitgliedstaat, soweit angezeigt, nach Artikel 109 das Verfahren ein, mit dem die Unabhängigkeit seiner Zentralbank herbeigeführt wird.~~¹

(1) Den Mitgliedstaaten, **für die der Rat nicht beschlossen hat, dass sie** die erforderlichen Voraussetzungen für die Einführung **des Euro** erfüllen, wird eine Ausnahmeregelung im Sinne des Absatzes 2 gewährt. Die betreffenden Mitgliedstaaten werden nachstehend als "Mitgliedstaaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt" bezeichnet.²

(2) Eine Ausnahmeregelung nach Absatz 1 hat zur Folge, dass die nachstehenden Artikel für den betreffenden Mitgliedstaat nicht gelten: [Artikel 104 Absätze 9 und 11, Artikel 105 Absätze 1, 2, 3 und 5, Artikel 106, Artikel 110, Artikel 111 sowie Artikel 112 Absatz 2 Buchstabe b]. Der Ausschluss des betreffenden Mitgliedstaats und seiner Zentralbank von den Rechten und Verpflichtungen im Rahmen des *ESZB* wird in Kapitel IX der Satzung des *ESZB* geregelt.³

(3) In [Artikel 105 Absätze 1, 2 und 3, Artikel 106, Artikel 110, Artikel 111 sowie Artikel 112 Absatz 2 Buchstabe b] bezeichnet der Ausdruck "Mitgliedstaaten" die Mitgliedstaaten, für die keine Ausnahmeregelung gilt.⁴

¹ Es sei darauf hingewiesen, dass die Bestimmungen von Absatz 2 dieses Artikels in seiner neuen Fassung in Verbindung mit den Artikeln 108 und 109 EGV sowie den Artikeln 7 und 14 der Satzung des ESZB nunmehr die Mitgliedstaaten dazu verpflichten, die Unabhängigkeit ihrer Zentralbanken zu gewährleisten.

² Dieser Absatz ist aus dem derzeitigen Artikel 122 Absatz 1 Unterabsatz 2 übernommen worden, wobei lediglich rein formale Anpassungen vorgenommen wurden. Es sei darauf hingewiesen, dass sich für die zehn beitretenden Staaten die Ausnahmeregelung ausdrücklich aus der Beitrittsakte ergibt.

³ Die Absätze 2 bis 4 wurden aus den Absätzen 3 bis 5 des derzeitigen Artikels 122 übernommen.

⁴ Es sei darauf hingewiesen, dass in Artikel 105 Absatz 1 die "*Mitgliedstaaten*" nicht ausdrücklich genannt werden.

(4) Das Stimmrecht der Mitgliedstaaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt, ruht bei ~~Beschlüssen~~ **Maßnahmen** des Rates gemäß den in Absatz 32 genannten Artikeln. In diesem Fall gelten abweichend von [Artikel 205 und Artikel 250 Absatz 1] zwei Drittel der gemäß [Artikel 205 Absatz 2] gewogenen Stimmen der Vertreter der Mitgliedstaaten, für die keine Ausnahmeregelung gilt, als qualifizierte Mehrheit; ist für die Änderung eines Rechtsakts Einstimmigkeit vorgeschrieben, so ist die Einstimmigkeit dieser Mitgliedstaaten erforderlich.

Artikel 117¹

~~(1) ——— Zu Beginn der zweiten Stufe wird ein Europäisches Währungsinstitut (im Folgenden als "EWI" bezeichnet) errichtet und nimmt seine Tätigkeit auf; es besitzt Rechtspersönlichkeit und wird von einem Rat geleitet und verwaltet; dieser besteht aus einem Präsidenten und den Präsidenten der nationalen Zentralbanken, von denen einer zum Vizepräsidenten bestellt wird.~~

~~Der Präsident wird von den Regierungen der Mitgliedstaaten auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs auf Empfehlung des Rates des EWI und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Rates einvernehmlich ernannt. Der Präsident wird aus dem Kreis der in Währungs- oder Bankfragen anerkannten und erfahrenen Persönlichkeiten ausgewählt. Nur Staatsangehörige der Mitgliedstaaten können Präsident des EWI sein. Der Rat des EWI ernennt den Vizepräsidenten.~~

~~Die Satzung des EWI ist in einem diesem Vertrag beigefügten Protokoll festgelegt.~~

~~(2) ——— Das EWI hat die Aufgabe,~~

~~—— die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Zentralbanken zu verstärken;~~

~~—— die Koordinierung der Geldpolitiken der Mitgliedstaaten mit dem Ziel zu verstärken, die Preisstabilität aufrechtzuerhalten;~~

~~—— das Funktionieren des Europäischen Währungssystems zu überwachen;~~

~~—— Konsultationen zu Fragen durchzuführen, die in die Zuständigkeit der nationalen Zentralbanken fallen und die Stabilität der Finanzinstitute und -märkte berühren;~~

~~—— die Aufgaben des Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit, der aufgelöst wird, zu übernehmen; die Einzelheiten der Auflösung werden in der Satzung des EWI festgelegt;~~

~~—— die Verwendung der ECU zu erleichtern und deren Entwicklung einschließlich des reibungslosen Funktionierens des ECU-Verrechnungssystems zu überwachen.~~

¹ Die obsolet gewordenen Absätze 1 und 3 bis 9 des derzeitigen Texts werden gestrichen. Ein Teil des Absatzes 2, der durchgestrichen und kursiv gedruckt erscheint, wird unter Vornahme einiger Anpassungen beibehalten, aber in Absatz 2 des neuen Artikels 118 überführt. Artikel 117 wird durch einen aus drei Absätzen bestehenden Text ersetzt, der aus den geltenden Bestimmungen übernommen wurde - s. unten.

- (3) ~~Bei der Vorbereitung der dritten Stufe hat das EWI die Aufgabe,~~
- ~~die Instrumente und Verfahren zu entwickeln, die zur Durchführung einer einheitlichen Geld- und Währungspolitik in der dritten Stufe erforderlich sind;~~
 - ~~bei Bedarf die Harmonisierung der Bestimmungen und Gepflogenheiten auf dem Gebiet der Erhebung, Zusammenstellung und Weitergabe statistischer Daten in seinem Zuständigkeitsbereich zu fördern;~~
 - ~~die Regeln für die Geschäfte der nationalen Zentralbanken im Rahmen des ESZB auszuarbeiten;~~
 - ~~die Effizienz des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs zu fördern;~~
 - ~~die technischen Vorarbeiten für die ECU-Banknoten zu überwachen.~~

~~Das EWI legt bis zum 31. Dezember 1996 in regulatorischer, organisatorischer und logistischer Hinsicht den Rahmen fest, den das ESZB zur Erfüllung seiner Aufgaben in der dritten Stufe benötigt. Dieser wird der EZB zum Zeitpunkt ihrer Errichtung zur Beschlussfassung unterbreitet.~~

- (4) ~~Das EWI kann mit der Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder seines Rates~~
- ~~Stellungnahmen oder Empfehlungen zu der allgemeinen Orientierung der Geld- und der Wechselkurspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten sowie zu deren diesbezüglichen Maßnahmen abgeben;~~
 - ~~den Regierungen und dem Rat Stellungnahmen oder Empfehlungen zu Maßnahmen unterbreiten, die die interne oder externe Währungssituation in der Gemeinschaft und insbesondere das Funktionieren des Europäischen Währungssystems beeinflussen könnten;~~
 - ~~den Währungsbehörden der Mitgliedstaaten Empfehlungen zur Durchführung ihrer Währungspolitik geben.~~
- (5) ~~Das EWI kann einstimmig beschließen, seine Stellungnahmen und Empfehlungen zu veröffentlichen.~~
- (6) ~~Das EWI wird vom Rat zu allen Vorschlägen für Rechtsakte der Gemeinschaft in seinem Zuständigkeitsbereich angehört.~~

~~Innerhalb der Grenzen und unter den Bedingungen, die der Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des EWI festlegt, wird das EWI von den Behörden der Mitgliedstaaten zu allen Entwürfen für Rechtsvorschriften in seinem Zuständigkeitsbereich angehört.~~

- (7) ~~Der Rat kann auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des EWI diesem durch einstimmigen Beschluss weitere Aufgaben im Rahmen der Vorbereitung der dritten Stufe übertragen.~~

~~(8) In den Fällen, in denen dieser Vertrag eine beratende Funktion für die EZB vorsieht, ist vor der Errichtung der EZB unter dieser das EWU zu verstehen.~~

~~(9) Für die Dauer der zweiten Stufe bezeichnet der Ausdruck "EZB" in den Artikeln 230, 232, 233, 234, 237 und 288 das EWU.~~

(1) Mindestens einmal alle zwei Jahre bzw. auf Antrag eines Mitgliedstaats, für den eine Ausnahmeregelung gilt, berichten die Kommission und die *EZB* dem Rat ¹, inwieweit die Mitgliedstaaten, **für die eine Ausnahmeregelung gilt**, bei der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion ihren Verpflichtungen bereits nachgekommen sind. In ihren Berichten wird auch die Frage geprüft, inwieweit die innerstaatlichen Rechtsvorschriften ~~der einzelnen jedes einzelnen dieser~~ Mitgliedstaaten einschließlich der Satzung der jeweiligen nationalen Zentralbank mit [Artikel 108 und Artikel 109] ~~dieses Vertrags~~ **der Verfassung** sowie der Satzung des *ESZB* vereinbar sind. Ferner wird darin geprüft, ob ein hoher Grad an dauerhafter Konvergenz erreicht ist; Maßstab hierfür ist, ob ~~die einzelnen jeder einzelne dieser~~ Mitgliedstaaten folgende Kriterien ~~erfüllen erfüllt~~:

- a) Erreichung eines hohen Grades an Preisstabilität, ersichtlich aus einer Inflationsrate, die der Inflationsrate jener - höchstens drei - Mitgliedstaaten nahe kommt, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben;
- b) eine auf Dauer tragbare Finanzlage der öffentlichen Hand, ersichtlich aus einer öffentlichen Haushaltslage ohne übermäßiges Defizit im Sinne des [Artikels 104 Absatz 6];
- c) Einhaltung der normalen Bandbreiten des Wechselkursmechanismus ~~des Europäischen Währungssystems~~ ² seit mindestens zwei Jahren ohne Abwertung gegenüber ~~der Währung eines anderen Mitgliedstaats dem Euro~~ ³;
- d) Dauerhaftigkeit der von dem Mitgliedstaat, **für den eine Ausnahmeregelung gilt**, erreichten Konvergenz und seiner Teilnahme am Wechselkursmechanismus ~~des Europäischen Währungssystems~~ ⁴, die im Niveau der langfristigen Zinssätze zum Ausdruck kommt.

¹ Dieser Teilsatz wurde aus dem bestehenden Artikel 122 Absatz 2 erster Satz übernommen. Der Rest dieses Absatzes wurde mit einigen Anpassungen aus dem bestehenden Artikel 121 Absatz 1 übernommen.

² Es sei darauf hingewiesen, dass mit der Einführung des Euro die Komponenten des Europäischen Währungssystems mit Ausnahme des Wechselkursmechanismus aufgehört haben zu bestehen. Im Übrigen wurde der Wechselkursmechanismus geändert und führt nunmehr die Bezeichnung "Wechselkursmechanismus II". In dem Streben nach Vereinfachung und um zu verhindern, dass die Verweise in der künftigen Verfassung hinfällig werden, könnte erwogen werden, nicht mehr auf einen speziellen Wechselkursmechanismus zu verweisen, sondern vielmehr die hier vorgeschlagene allgemein gültige Formulierung zu verwenden.

³ Dieser Änderungsvorschlag ist darauf gestützt, dass nunmehr der Euro die Referenzwährung ist.

⁴ Wie unter Fußnote 2 zu Buchstabe c vermerkt, existieren die Komponenten des Europäischen Währungssystems mit Ausnahme des Wechselkursmechanismus nicht mehr; außerdem ist der Mechanismus geändert worden und führt nunmehr die Bezeichnung "Wechselkursmechanismus II".

Die vier Kriterien in diesem Absatz sowie die jeweils erforderliche Dauer ihrer Einhaltung sind in ~~einem diesem Vertrag beigefügten~~ dem Protokoll **über die Konvergenzkriterien** näher festgelegt. Die Berichte der Kommission und ~~des EWI der EZB~~ berücksichtigen auch ~~die Entwicklung der ECU~~, die Ergebnisse bei der Integration der Märkte, den Stand und die Entwicklung der Leistungsbilanzen, die Entwicklung bei den Lohnstückkosten und andere Preisindizes.

(2) Der Rat entscheidet nach Anhörung des Europäischen Parlaments und nach Aussprache im Rat, der in der Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs tagt, auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit, welche der Mitgliedstaaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt, die die auf den Kriterien des [Artikels 121 Absatz 1] ¹ beruhenden Voraussetzungen erfüllen, und hebt die Ausnahmeregelungen der betreffenden Mitgliedstaaten auf. ²

(3) Wird nach dem Verfahren des [Artikels 122 Absatz 2] ³ beschlossen, eine Ausnahmeregelung aufzuheben, so legt der Rat aufgrund eines einstimmigen Beschlusses der **Mitglieder des Rates** ⁴, **die die** Mitgliedstaaten, für die keine Ausnahmeregelung gilt, und den betreffenden Mitgliedstaat vertreten, auf Vorschlag der Kommission ~~und nach Anhörung der EZB~~ den Kurs, zu dem dessen Währung durch ~~die ECU~~ **den Euro** ersetzt wird, **unwiderruflich** ⁵ fest und ergreift die sonstigen erforderlichen Maßnahmen zur Einführung ~~der ECU~~ **des Euro** als einheitliche Währung in ~~dem betreffenden diesem~~ Mitgliedstaat. **Der Rat beschließt nach Anhörung der EZB.** ⁶

Artikel 118 ⁷

~~Die Zusammensetzung des ECU-Währungskorbs wird nicht geändert.~~

~~Mit Beginn der dritten Stufe wird der Wert der ECU nach Artikel 123 Absatz 4 unwiderruflich festgesetzt.~~

¹ Dieser Verweis ist als Verweis auf Absatz 1 dieses Artikels in der hier vorgeschlagenen neuen Fassung zu verstehen.

² Dieser Absatz wurde aus dem bestehenden Artikel 122 Absatz 2 zweiter Satz unter Vornahme rein formaler Anpassungen übernommen.

³ Dieser Verweis ist als Verweis auf Absatz 2 dieses Artikels in der hier vorgeschlagenen neuen Fassung zu verstehen.

⁴ Diese Formulierung, die zugegebenermaßen etwas länger ist als die ursprüngliche Formulierung, entspricht genau der institutionellen Wirklichkeit.

⁵ Die Einfügung dieses Adverbs gestattet die Übernahme eines wesentlichen Bestandteils des Artikels 118, dessen Streichung nachstehend vorgeschlagen wird.

⁶ Dieser Absatz wurde aus dem bestehenden Artikel 123 Absatz 5 unter Vornahme rein formaler Anpassungen übernommen.

⁷ Die bestehende, obsolet gewordene Fassung wird gestrichen. Der Verweis auf die Unwiderruflichkeit der Festlegung des Werts der einheitlichen Währung wird in die hier vorgeschlagene neue Fassung des Artikels 117 Absatz 3 übernommen. Dieser Artikel wird durch eine Textpassage ersetzt, die aus zwei den geltenden Bestimmungen entnommenen Absätzen besteht - siehe unten.

(1) Sofern und solange es Mitgliedstaaten gibt, für die eine Ausnahmeregelung gilt, wird unbeschadet des [Artikels 107 Absatz 3] **der Verfassung** der in Artikel 45 der Satzung des *ESZB* bezeichnete Erweiterte Rat der *EZB* als drittes Beschlussorgan der *EZB* errichtet.¹

(2) **Sofern und solange es Mitgliedstaaten gibt, für die eine Ausnahmeregelung gilt, ist es die Aufgabe der *EZB*² in Bezug auf diese Mitgliedstaaten,**

- a) die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Zentralbanken zu verstärken;
- b) die Koordinierung der Geldpolitiken der Mitgliedstaaten mit dem Ziel zu verstärken, die Preisstabilität aufrechtzuerhalten;
- c) das Funktionieren des Europäischen Währungssystems³ **Wechselkursmechanismus** zu überwachen;
- d) Konsultationen zu Fragen durchzuführen, die in die Zuständigkeit der nationalen Zentralbanken fallen und die Stabilität der Finanzinstitute und -märkte berühren;
- e) die **seinerzeitigen** Aufgaben des Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit, ~~der aufgelöst wird, zu übernehmen, die zuvor vom *EWI* übernommen worden waren, wahrzunehmen~~; die Einzelheiten der Auflösung werden in der Satzung des *EWI* festgelegt.⁴

Artikel 118 A⁵

(1) ~~Bis zum Beginn der dritten Stufe behandelt jeder~~ **Jeder** Mitgliedstaat, **für den eine Ausnahmeregelung gilt, behandelt** seine Wechselkurspolitik als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse. Er berücksichtigt dabei die Erfahrungen, die bei der Zusammenarbeit im Rahmen des Europäischen Währungssystems (*EWS*) **Wechselkursmechanismus**⁶ ~~und bei der Entwicklung der ECU gesammelt worden sind, und respektiert die bestehenden Zuständigkeiten.~~

¹ Dieser Absatz wurde aus dem bestehenden Artikel 123 Absatz 3 unter Vornahme rein formaler Anpassungen übernommen.

² Neuer Teilsatz, mit dem berücksichtigt werden soll, dass die Europäische Zentralbank das Europäische Währungsinstitut ersetzt hat.

³ Zu diesem Verweis auf das Europäische Währungssystem siehe die Fußnote zu der oben vorgeschlagenen neuen Fassung des Artikels 117 Absatz 1 Buchstabe c.

⁴ Dieser Absatz wurde mit Ausnahme des Einleitungssatzes (siehe vorstehende Anmerkung zu dem am Anfang des Absatzes eingefügten Teilsatz) aus dem bestehenden Artikel 117 Absatz 2 übernommen, wobei einige Anpassungen vorgenommen wurden, um der Liquidation des Europäischen Währungsinstituts Rechnung zu tragen.

⁵ Es handelt sich um eine neue Bestimmung, die unter Vornahme einiger Anpassungen aus dem bestehenden Artikel 124 Absatz 1 übernommen wurde.

⁶ Zu diesem Verweis auf das Europäische Währungssystem siehe die Fußnote zu der oben vorgeschlagenen neuen Fassung des Artikels 117 Absatz 1 Buchstabe c.

(1) Ist ein Mitgliedstaat, **für den eine Ausnahmeregelung gilt**, hinsichtlich seiner Zahlungsbilanz von Schwierigkeiten betroffen oder ernstlich bedroht, die sich entweder aus einem Ungleichgewicht seiner Gesamtzahlungsbilanz oder aus der Art der ihm zur Verfügung stehenden Devisen ergeben, und sind diese Schwierigkeiten geeignet, insbesondere das Funktionieren des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarktes** oder die ~~schrittweise~~ Verwirklichung der gemeinsamen Handelspolitik zu gefährden, so prüft die Kommission unverzüglich die Lage dieses Staates sowie die Maßnahmen, die er getroffen hat oder unter Einsatz aller ihm zur Verfügung stehenden Mittel nach ~~diesem Vertrag~~ **der Verfassung** treffen kann. Die Kommission gibt die Maßnahmen an, die sie dem betreffenden ~~Staat~~ **Mitgliedstaat** empfiehlt.

Erweisen sich die von einem Mitgliedstaat, **für den eine Ausnahmeregelung gilt**, ergriffenen und die von der Kommission angeregten Maßnahmen als unzureichend, die aufgetretenen oder drohenden Schwierigkeiten zu beheben, so empfiehlt die Kommission dem Rat nach Anhörung des ~~in Artikel 114 bezeichneten Ausschusses~~ **Wirtschafts- und Finanzausschusses** einen gegenseitigen Beistand und die dafür geeigneten Methoden.

Die Kommission unterrichtet den Rat regelmäßig über die Lage und ihre Entwicklung.

(2) Der Rat gewährt den gegenseitigen Beistand mit qualifizierter Mehrheit; er ~~erlässt~~ **nimmt Richtlinien die europäischen Rahmengesetze oder die europäischen Beschlüsse an**, welche die Bedingungen und Einzelheiten hierfür festlegen. Der gegenseitige Beistand kann insbesondere erfolgen

- a) durch ein abgestimmtes Vorgehen bei anderen internationalen Organisationen, an die sich die Mitgliedstaaten, **für die eine Ausnahmeregelung gilt**, wenden können;
- b) durch Maßnahmen, die notwendig sind, um Verlagerungen von Handelsströmen zu vermeiden, falls der in Schwierigkeiten befindliche ~~Staat~~ **Mitgliedstaat, für den eine Ausnahmeregelung gilt**, mengenmäßige Beschränkungen gegenüber dritten Ländern beibehält oder wieder einführt;
- c) durch Bereitstellung von Krediten in begrenzter Höhe seitens anderer Mitgliedstaaten; hierzu ist ihr Einverständnis erforderlich.

(3) Stimmt der Rat dem von der Kommission empfohlenen gegenseitigen Beistand nicht zu oder sind der gewährte Beistand und die getroffenen Maßnahmen unzureichend, so ermächtigt die Kommission den in Schwierigkeiten befindlichen ~~Staat~~ **Mitgliedstaat, für den eine Ausnahme-regelung gilt**, Schutzmaßnahmen zu treffen, deren Bedingungen und Einzelheiten sie festlegt.

Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit diese Ermächtigung aufheben und die Bedingungen und Einzelheiten ändern.

¹ Der Text dieses Artikels wird - mit Ausnahme des Absatzes 4, der zwar gestrichen, aber inhaltlich durch die Aufnahme des Relativsatzes "*für den eine Ausnahmeregelung gilt*" in die Absätze 1, 2 und 3 übernommen wird - unter Vornahme einiger Anpassungen beibehalten.

~~(4) — Unbeschadet des Artikels 122 Absatz 6 endet die Geltungsdauer dieses Artikels zum Zeitpunkt des Beginns der dritten Stufe.~~¹

Artikel 120²

(1) Gerät ein Mitgliedstaat, **für den eine Ausnahmeregelung gilt**, in eine plötzliche Zahlungsbilanzkrise und wird eine Entscheidung im Sinne des [Artikels 119 Absatz 2] nicht unverzüglich getroffen, so kann ~~der betreffende Staat~~ **dieser Mitgliedstaat** vorsorglich die erforderlichen Schutzmaßnahmen ergreifen. Sie dürfen nur ein Mindestmaß an Störungen im Funktionieren des ~~Gemeinsamen Marktes~~ **Binnenmarktes** hervorrufen und nicht über das zur Behebung der plötzlich aufgetretenen Schwierigkeiten unbedingt erforderliche Ausmaß hinausgehen.

(2) Die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten werden über die Schutzmaßnahmen spätestens bei deren Inkrafttreten unterrichtet. Die Kommission kann dem Rat den gegenseitigen Beistand nach [Artikel 119] empfehlen.

(3) Nach Stellungnahme der Kommission und nach Anhörung des ~~in Artikel 114 bezeichneten Ausschusses~~ **Wirtschafts- und Finanzausschusses** kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit entscheiden, dass der betreffende ~~Staat~~ **Mitgliedstaat** diese Schutzmaßnahmen zu ändern, aussetzen oder aufzuheben hat.

~~(4) — Unbeschadet des Artikels 122 Absatz 6 endet die Geltungsdauer dieses Artikels zum Zeitpunkt des Beginns der dritten Stufe.~~³

Artikel 121⁴

~~(1) — Die Kommission und das EWI berichten dem Rat, inwieweit die Mitgliedstaaten bei der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion ihren Verpflichtungen bereits nachgekommen sind. In ihren Berichten wird auch die Frage geprüft, inwieweit die innerstaatlichen Rechtsvorschriften der einzelnen Mitgliedstaaten einschließlich der Satzung der jeweiligen nationalen Zentralbank mit Artikel 108 und Artikel 109 dieses Vertrags sowie der Satzung des ESZB vereinbar sind. Ferner wird darin geprüft, ob ein hoher Grad an dauerhafter Konvergenz erreicht ist; Maßstab hierfür ist, ob die einzelnen Mitgliedstaaten folgende Kriterien erfüllen:~~

~~— Erreichung eines hohen Grades an Preisstabilität, ersichtlich aus einer Inflationsrate, die der Inflationsrate jener höchstens drei Mitgliedstaaten nahe kommt, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben;~~

¹ Siehe vorangegangene Fußnote.

² Der Text dieses Artikels wird - mit Ausnahme des Absatzes 4, der zwar gestrichen, aber inhaltlich durch die Aufnahme des Relativsatzes "für den eine Ausnahmeregelung gilt" in die Absätze 1, 2 und 3 übernommen wird - unter Vornahme einiger Anpassungen beibehalten.

³ Siehe vorangegangene Fußnote.

⁴ Die hinfällig gewordenen Absätze 2 bis 4 des bestehenden Textes werden gestrichen. Der kursiv und durchgestrichen dargestellte Absatz 1 wird unter Vornahme einiger Anpassungen beibehalten, aber in die vorgeschlagene neue Fassung des Artikels 117 Absatz 1 überführt. Somit entfällt Artikel 121 im neuen Text.

- ~~— eine auf Dauer tragbare Finanzlage der öffentlichen Hand, ersichtlich aus einer öffentlichen Haushaltslage ohne übermäßiges Defizit im Sinne des Artikels 104 Absatz 6;~~
- ~~— Einhaltung der normalen Bandbreiten des Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems seit mindestens zwei Jahren ohne Abwertung gegenüber der Währung eines anderen Mitgliedstaats;~~
- ~~— Dauerhaftigkeit der von dem Mitgliedstaat erreichten Konvergenz und seiner Teilnahme am Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems, die im Niveau der langfristigen Zinssätze zum Ausdruck kommt.~~

~~Die vier Kriterien in diesem Absatz sowie die jeweils erforderliche Dauer ihrer Einhaltung sind in einem diesem Vertrag beigefügten Protokoll näher festgelegt. Die Berichte der Kommission und des EWT berücksichtigen auch die Entwicklung der ECU, die Ergebnisse bei der Integration der Märkte, den Stand und die Entwicklung der Leistungsbilanzen, die Entwicklung bei den Lohnstückkosten und andere Preisindizes.~~

~~(2) — Der Rat beurteilt auf der Grundlage dieser Berichte auf Empfehlung der Kommission mit qualifizierter Mehrheit,~~

- ~~— ob die einzelnen Mitgliedstaaten die notwendigen Voraussetzungen für die Einführung einer einheitlichen Währung erfüllen,~~
- ~~— ob eine Mehrheit der Mitgliedstaaten die notwendigen Voraussetzungen für die Einführung einer einheitlichen Währung erfüllt,~~

~~und empfiehlt seine Feststellungen dem Rat, der in der Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs tagt. Das Europäische Parlament wird angehört und leitet seine Stellungnahme dem Rat in der Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs zu.~~

~~(3) — Unter gebührender Berücksichtigung der Berichte nach Absatz 1 sowie der Stellungnahme des Europäischen Parlaments nach Absatz 2 verfährt der Rat, der in der Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs tagt, spätestens am 31. Dezember 1996 mit qualifizierter Mehrheit wie folgt:~~

- ~~— er entscheidet auf der Grundlage der in Absatz 2 genannten Empfehlungen des Rates, ob eine Mehrheit der Mitgliedstaaten die notwendigen Voraussetzungen für die Einführung einer einheitlichen Währung erfüllt;~~
 - ~~— er entscheidet, ob es für die Gemeinschaft zweckmäßig ist, in die dritte Stufe einzutreten;~~
- ~~sofern dies der Fall ist,~~
- ~~— bestimmt er den Zeitpunkt für den Beginn der dritten Stufe.~~

~~(4) — Ist bis Ende 1997 der Zeitpunkt für den Beginn der dritten Stufe nicht festgelegt worden, so beginnt die dritte Stufe am 1. Januar 1999. Vor dem 1. Juli 1998 bestätigt der Rat, der in der Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs tagt, nach einer Wiederholung des in den Absätzen 1 und 2 mit Ausnahme von Absatz 2 zweiter Gedankenstrich vorgesehenen Verfahrens unter Berücksichtigung der Berichte nach Absatz 1 sowie der Stellungnahme des Europäischen Parlaments mit qualifizierter Mehrheit auf der Grundlage der Empfehlungen des Rates nach Absatz 2, welche Mitgliedstaaten die notwendigen Voraussetzungen für die Einführung einer einheitlichen Währung erfüllen.~~

Artikel 122¹

~~(1) — Falls der Zeitpunkt nach Artikel 121 Absatz 3 bestimmt wurde, entscheidet der Rat auf der Grundlage der in Artikel 121 Absatz 2 genannten Empfehlungen mit qualifizierter Mehrheit auf Empfehlung der Kommission, ob und gegebenenfalls welchen Mitgliedstaaten eine Ausnahmeregelung im Sinne des Absatzes 3 gewährt wird. Die betreffenden Mitgliedstaaten werden in diesem Vertrag als "Mitgliedstaaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt" bezeichnet.~~

~~Falls der Rat nach Artikel 121 Absatz 4 bestätigt hat, welche Mitgliedstaaten die notwendigen Voraussetzungen für die Einführung einer einheitlichen Währung erfüllen, wird den Mitgliedstaaten, die die Voraussetzungen nicht erfüllen, eine Ausnahmeregelung im Sinne des Absatzes 3 gewährt. Die betreffenden Mitgliedstaaten werden in diesem Vertrag ebenfalls als "Mitgliedstaaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt" bezeichnet.~~

~~(2) — Mindestens einmal alle zwei Jahre bzw. auf Antrag eines Mitgliedstaats, für den eine Ausnahmeregelung gilt, berichten die Kommission und die EZB dem Rat nach dem Verfahren des Artikels 121 Absatz 1. Der Rat entscheidet nach Anhörung des Europäischen Parlaments und nach Aussprache im Rat, der in der Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs tagt, auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit, welche der Mitgliedstaaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt, die auf den Kriterien des Artikels 121 Absatz 1 beruhenden Voraussetzungen erfüllen, und hebt die Ausnahmeregelungen der betreffenden Mitgliedstaaten auf.~~

~~(3) — Eine Ausnahmeregelung nach Absatz 1 hat zur Folge, dass die nachstehenden Artikel für den betreffenden Mitgliedstaat nicht gelten: Artikel 104 Absätze 9 und 11, Artikel 105 Absätze 1, 2, 3 und 5, Artikel 106, Artikel 110, Artikel 111 sowie Artikel 112 Absatz 2 Buchstabe b. Der Ausschluss des betreffenden Mitgliedstaats und seiner Zentralbank von den Rechten und Verpflichtungen im Rahmen des ESZB wird in Kapitel IX der Satzung des ESZB geregelt.~~

¹ Der hinfällig gewordene Absatz 1 Unterabsatz 1 des bestehenden Textes wird wie auch der Absatz 6 - der jedoch inhaltlich in Artikel 119 Absatz 1 und in Artikel 120 Absatz 1 übernommen wurde (siehe die Fußnoten zu diesen Artikeln) - gestrichen. Absatz 1 Unterabsatz 2 sowie die Absätze 2 bis 5, die kursiv und durchgestrichen dargestellt sind, werden unter Vornahme einiger Anpassungen beibehalten, aber in die vorgeschlagene neue Fassung von Artikel 116 und Artikel 117 Absätze 1 und 2 überführt. Somit entfällt Artikel 122 im neuen Text.

~~(4) In Artikel 105 Absätze 1, 2 und 3, Artikel 106, Artikel 110, Artikel 111 sowie Artikel 112 Absatz 2 Buchstabe b bezeichnet der Ausdruck "Mitgliedstaaten" die Mitgliedstaaten, für die keine Ausnahmeregelung gilt.~~

~~(5) Das Stimmrecht der Mitgliedstaaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt, ruht bei Beschlüssen des Rates gemäß den in Absatz 3 genannten Artikeln. In diesem Fall gelten abweichend von Artikel 205 und Artikel 250 Absatz 1 zwei Drittel der gemäß Artikel 205 Absatz 2 gewogenen Stimmen der Vertreter der Mitgliedstaaten, für die keine Ausnahmeregelung gilt, als qualifizierte Mehrheit; ist für die Änderung eines Rechtsakts Einstimmigkeit vorgeschrieben, so ist die Einstimmigkeit dieser Mitgliedstaaten erforderlich.~~

~~(6) Artikel 119 und Artikel 120 finden weiterhin auf Mitgliedstaaten Anwendung, für die eine Ausnahmeregelung gilt.~~

Artikel 123¹

~~(1) Unmittelbar nach dem gemäß Artikel 121 Absatz 3 gefassten Beschluss über den Zeitpunkt für den Beginn der dritten Stufe bzw. unmittelbar nach dem 1. Juli 1998~~

~~verabschiedet der Rat die in Artikel 107 Absatz 6 genannten Bestimmungen;~~

~~ernennen die Regierungen der Mitgliedstaaten, für die keine Ausnahmeregelung gilt, nach dem Verfahren des Artikels 50 der Satzung des ESZB den Präsidenten, den Vizepräsidenten und die weiteren Mitglieder des Direktoriums der EZB. Bestehen für Mitgliedstaaten Ausnahmeregelungen, so kann sich das Direktorium aus weniger Mitgliedern als in Artikel 11.1 der Satzung des ESZB vorgesehen zusammensetzen; auf keinen Fall darf es jedoch aus weniger als 4 Mitgliedern bestehen.~~

~~Unmittelbar nach Ernennung des Direktoriums werden das ESZB und die EZB errichtet und von diesen Vorkehrungen für die Aufnahme ihrer vollen Tätigkeit im Sinne dieses Vertrags und der Satzung des ESZB getroffen. Sie nehmen ihre Befugnisse ab dem ersten Tag der dritten Stufe in vollem Umfang wahr.~~

~~(2) Unmittelbar nach Errichtung der EZB übernimmt diese erforderlichenfalls die Aufgaben des EWI. Dieses wird nach Errichtung der EZB liquidiert; die entsprechenden Einzelheiten der Liquidation werden in der Satzung des EWI geregelt.~~

~~(3) Sofern und solange es Mitgliedstaaten gibt, für die eine Ausnahmeregelung gilt, wird unbeschadet des Artikels 107 Absatz 3 der in Artikel 45 der Satzung des ESZB bezeichnete erweiterte Rat der EZB als drittes Beschlussorgan der EZB errichtet.~~

¹ Die hinfällig gewordenen Absätze 1 und 2 des bestehenden Textes werden gestrichen. Die kursiv und durchgestrichen dargestellten Absätze 3, 4 und 5 werden zwar unter Vornahme einiger Anpassungen beibehalten, aber in Artikel 118 Absatz 1, Artikel 110 a bzw. Artikel 117 Absatz 3 (vorgeschlagene neue Fassung) überführt. Somit entfällt Artikel 123 im neuen Text.

~~(4) — Am ersten Tag der dritten Stufe nimmt der Rat aufgrund eines einstimmigen Beschlusses der Mitgliedstaaten, für die keine Ausnahmeregelung gilt, auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der EZB die Umrechnungskurse, auf die ihre Währungen unwiderruflich festgelegt werden, sowie die unwiderruflich festen Kurse, zu denen diese Währungen durch die ECU ersetzt werden, an und wird die ECU zu einer eigenständigen Währung. Diese Maßnahme ändert als solche nicht den Außenwert der ECU. Der Rat trifft auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der EZB mit qualifizierter Mehrheit der genannten Mitgliedstaaten alle sonstigen Maßnahmen, die für die rasche Einführung der ECU als einheitlicher Währung dieser Mitgliedstaaten erforderlich sind. Artikel 122 Absatz 5 Satz 2 findet Anwendung.~~

~~(5) — Wird nach dem Verfahren des Artikels 122 Absatz 2 beschlossen, eine Ausnahmeregelung aufzuheben, so legt der Rat aufgrund eines einstimmigen Beschlusses der Mitgliedstaaten, für die keine Ausnahmeregelung gilt, und des betreffenden Mitgliedstaats auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung der EZB den Kurs, zu dem dessen Währung durch die ECU ersetzt wird, fest und ergreift die sonstigen erforderlichen Maßnahmen zur Einführung der ECU als einheitliche Währung in dem betreffenden Mitgliedstaat.~~

Artikel 124¹

~~(1) — Bis zum Beginn der dritten Stufe behandelt jeder Mitgliedstaat seine Wechselkurspolitik als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse. Er berücksichtigt dabei die Erfahrungen, die bei der Zusammenarbeit im Rahmen des Europäischen Währungssystems (EWS) und bei der Entwicklung der ECU gesammelt worden sind, und respektiert die bestehenden Zuständigkeiten.~~

~~(2) — Mit Beginn der dritten Stufe sind die Bestimmungen des Absatzes 1 auf die Wechselkurspolitik eines Mitgliedstaats, für den eine Ausnahmeregelung gilt, für die Dauer dieser Ausnahmeregelung sinngemäß anzuwenden.~~

* * *

¹ Artikel 124 des bestehenden Texts wird gestrichen, aber inhaltlich in die vorgeschlagene neue Fassung des Artikels 118 a überführt. Somit entfällt Artikel 124 im neuen Text.

Wirtschafts- und Währungspolitik

Anlage

zu dem Addendum vom 18. März 2003

**zu dem konsolidierten Bericht
der Gruppe der Experten der Juristischen Dienste
vom 13. März 2003**

KAPITEL 4
ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN
(bereinigte Fassung)

Artikel 116

- (1) Den Mitgliedstaaten, für die der Rat nicht beschlossen hat, dass sie die erforderlichen Voraussetzungen für die Einführung des Euro erfüllen, wird eine Ausnahmeregelung im Sinne des Absatzes 2 gewährt. Die betreffenden Mitgliedstaaten werden nachstehend als "Mitgliedstaaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt" bezeichnet.
- (2) Eine Ausnahmeregelung nach Absatz 1 hat zur Folge, dass die nachstehenden Artikel für den betreffenden Mitgliedstaat nicht gelten: *[Artikel 104 Absätze 9 und 11, Artikel 105 Absätze 1, 2, 3 und 5, Artikel 106, Artikel 110, Artikel 111 sowie Artikel 112 Absatz 2 Buchstabe b]*. Der Ausschluss des betreffenden Mitgliedstaats und seiner Zentralbank von den Rechten und Verpflichtungen im Rahmen des ESZB wird in Kapitel IX der Satzung des ESZB geregelt.
- (3) In *[Artikel 105 Absätze 1, 2 und 3, Artikel 106, Artikel 110, Artikel 111 sowie Artikel 112 Absatz 2 Buchstabe b]* bezeichnet der Ausdruck "Mitgliedstaaten" die Mitgliedstaaten, für die keine Ausnahmeregelung gilt.
- (4) Das Stimmrecht der Mitgliedstaaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt, ruht bei Maßnahmen des Rates gemäß den in Absatz 2 genannten Artikeln. In diesem Fall gelten abweichend von *[Artikel 205 und Artikel 250 Absatz 1]* zwei Drittel der gemäß *[Artikel 205 Absatz 2]* gewogenen Stimmen der Vertreter der Mitgliedstaaten, für die keine Ausnahmeregelung gilt, als qualifizierte Mehrheit; ist für die Änderung eines Rechtsakts Einstimmigkeit vorgeschrieben, so ist die Einstimmigkeit dieser Mitgliedstaaten erforderlich.

Artikel 117

- (1) Mindestens einmal alle zwei Jahre bzw. auf Antrag eines Mitgliedstaats, für den eine Ausnahmeregelung gilt, berichten die Kommission und die EZB dem Rat, inwieweit die Mitgliedstaaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt, bei der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion ihren Verpflichtungen bereits nachgekommen sind. In ihren Berichten wird auch die Frage geprüft, inwieweit die innerstaatlichen Rechtsvorschriften jedes einzelnen dieser Mitgliedstaaten einschließlich der Satzung der jeweiligen nationalen Zentralbank mit *[Artikel 108 und Artikel 109]* der Verfassung sowie der Satzung des ESZB vereinbar sind. Ferner wird darin geprüft, ob ein hoher Grad an dauerhafter Konvergenz erreicht ist; Maßstab hierfür ist, ob jeder einzelne dieser Mitgliedstaaten folgende Kriterien erfüllt:
- a) Erreichung eines hohen Grades an Preisstabilität, ersichtlich aus einer Inflationsrate, die der Inflationsrate jener - höchstens drei - Mitgliedstaaten nahe kommt, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben;

- b) eine auf Dauer tragbare Finanzlage der öffentlichen Hand, ersichtlich aus einer öffentlichen Haushaltslage ohne übermäßiges Defizit im Sinne des [Artikels 104 Absatz 6];
- c) Einhaltung der normalen Bandbreiten des Wechselkursmechanismus seit mindestens zwei Jahren ohne Abwertung gegenüber dem Euro;
- d) Dauerhaftigkeit der von dem Mitgliedstaat, für den eine Ausnahmeregelung gilt, erreichten Konvergenz und seiner Teilnahme am Wechselkursmechanismus, die im Niveau der langfristigen Zinssätze zum Ausdruck kommt.

Die vier Kriterien in diesem Absatz sowie die jeweils erforderliche Dauer ihrer Einhaltung sind in dem Protokoll über die Konvergenzkriterien näher festgelegt. Die Berichte der Kommission und der EZB berücksichtigen auch die Ergebnisse bei der Integration der Märkte, den Stand und die Entwicklung der Leistungsbilanzen, die Entwicklung bei den Lohnstückkosten und andere Preisindizes.

(2) Der Rat entscheidet nach Anhörung des Europäischen Parlaments und nach Aussprache im Rat, der in der Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs tagt, auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit, welche der Mitgliedstaaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt, die die auf den Kriterien des Absatzes 1 beruhenden Voraussetzungen erfüllen, und hebt die Ausnahmeregelungen der betreffenden Mitgliedstaaten auf.

(3) Wird nach dem Verfahren des Absatzes 2 beschlossen, eine Ausnahmeregelung aufzuheben, so legt der Rat aufgrund eines einstimmigen Beschlusses der Mitglieder des Rates, die die Mitgliedstaaten, für die keine Ausnahmeregelung gilt, und den betreffenden Mitgliedstaat vertreten, auf Vorschlag der Kommission den Kurs, zu dem dessen Währung durch den Euro ersetzt wird, unwiderruflich fest und ergreift die sonstigen erforderlichen Maßnahmen zur Einführung des Euro als einheitliche Währung in diesem Mitgliedstaat. Der Rat beschließt nach Anhörung der EZB.

Artikel 118

(1) Sofern und solange es Mitgliedstaaten gibt, für die eine Ausnahmeregelung gilt, wird unbeschadet des [Artikels 107 Absatz 3] der Verfassung der in Artikel 45 der Satzung des ESZB bezeichnete Erweiterte Rat der EZB als drittes Beschlussorgan der EZB errichtet.

(2) Sofern und solange es Mitgliedstaaten gibt, für die eine Ausnahmeregelung gilt, ist es die Aufgabe der EZB in Bezug auf diese Mitgliedstaaten,

- a) die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Zentralbanken zu verstärken;
- b) die Koordinierung der Geldpolitiken der Mitgliedstaaten mit dem Ziel zu verstärken, die Preisstabilität aufrechtzuerhalten;

- c) das Funktionieren des Wechselkursmechanismus zu überwachen;
- d) Konsultationen zu Fragen durchzuführen, die in die Zuständigkeit der nationalen Zentralbanken fallen und die Stabilität der Finanzinstitute und -märkte berühren;
- e) die seinerzeitigen Aufgaben des Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit, die zuvor vom EWI übernommen worden waren, wahrzunehmen.

Artikel 118 A

(1) Jeder Mitgliedstaat, für den eine Ausnahmeregelung gilt, behandelt seine Wechselkurspolitik als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse. Er berücksichtigt dabei die Erfahrungen, die bei der Zusammenarbeit im Rahmen des Wechselkursmechanismus gesammelt worden sind.

Artikel 119

(1) Ist ein Mitgliedstaat, für den eine Ausnahmeregelung gilt, hinsichtlich seiner Zahlungsbilanz von Schwierigkeiten betroffen oder ernstlich bedroht, die sich entweder aus einem Ungleichgewicht seiner Gesamtbilanz oder aus der Art der ihm zur Verfügung stehenden Devisen ergeben, und sind diese Schwierigkeiten geeignet, insbesondere das Funktionieren des Binnenmarktes oder die Verwirklichung der gemeinsamen Handelspolitik zu gefährden, so prüft die Kommission unverzüglich die Lage dieses Staates sowie die Maßnahmen, die er getroffen hat oder unter Einsatz aller ihm zur Verfügung stehenden Mittel nach der Verfassung treffen kann. Die Kommission gibt die Maßnahmen an, die sie dem betreffenden Mitgliedstaat empfiehlt.

Erweisen sich die von einem Mitgliedstaat, für den eine Ausnahmeregelung gilt, ergriffenen und die von der Kommission angeregten Maßnahmen als unzureichend, die aufgetretenen oder drohenden Schwierigkeiten zu beheben, so empfiehlt die Kommission dem Rat nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses einen gegenseitigen Beistand und die dafür geeigneten Methoden.

Die Kommission unterrichtet den Rat regelmäßig über die Lage und ihre Entwicklung.

(2) Der Rat gewährt den gegenseitigen Beistand mit qualifizierter Mehrheit; er nimmt die europäischen Rahmengesetze oder die europäischen Beschlüsse an, welche die Bedingungen und Einzelheiten hierfür festlegen. Der gegenseitige Beistand kann insbesondere erfolgen

- a) durch ein abgestimmtes Vorgehen bei anderen internationalen Organisationen, an die sich die Mitgliedstaaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt, wenden können;
- b) durch Maßnahmen, die notwendig sind, um Verlagerungen von Handelsströmen zu vermeiden, falls der in Schwierigkeiten befindliche Mitgliedstaat, für den eine Ausnahmeregelung gilt, mengenmäßige Beschränkungen gegenüber dritten Ländern beibehält oder wieder einführt;

- c) durch Bereitstellung von Krediten in begrenzter Höhe seitens anderer Mitgliedstaaten; hierzu ist ihr Einverständnis erforderlich.
- (3) Stimmt der Rat dem von der Kommission empfohlenen gegenseitigen Beistand nicht zu oder sind der gewährte Beistand und die getroffenen Maßnahmen unzureichend, so ermächtigt die Kommission den in Schwierigkeiten befindlichen Mitgliedstaat, für den eine Ausnahmeregelung gilt, Schutzmaßnahmen zu treffen, deren Bedingungen und Einzelheiten sie festlegt.

Der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit diese Ermächtigung aufheben und die Bedingungen und Einzelheiten ändern.

Artikel 120

- (1) Gerät ein Mitgliedstaat, für den eine Ausnahmeregelung gilt, in eine plötzliche Zahlungsbilanzkrise und wird eine Entscheidung im Sinne des [Artikels 119 Absatz 2] nicht unverzüglich getroffen, so kann dieser Mitgliedstaat vorsorglich die erforderlichen Schutzmaßnahmen ergreifen. Sie dürfen nur ein Mindestmaß an Störungen im Funktionieren des Binnenmarktes hervorrufen und nicht über das zur Behebung der plötzlich aufgetretenen Schwierigkeiten unbedingt erforderliche Ausmaß hinausgehen.
- (2) Die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten werden über die Schutzmaßnahmen spätestens bei deren Inkrafttreten unterrichtet. Die Kommission kann dem Rat den gegenseitigen Beistand nach [Artikel 119] empfehlen.
- (3) Nach Stellungnahme der Kommission und nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses kann der Rat mit qualifizierter Mehrheit entscheiden, dass der betreffende Mitgliedstaat diese Schutzmaßnahmen zu ändern, auszusetzen oder aufzuheben hat.